

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

GEORGE F. KENNAN

Das Amerikanisch-Russische Verhältnis

Mit Genehmigung der DEUTSCHEN VERLAGSANSTALT GMBH., Stuttgart, setzen wir in dieser Ausgabe mit dem vierten und letzten Vortrag „Rückschau“ den Abdruck der Vorlesungen des ehemaligen amerikanischen Botschafters in Moskau, George F. Kennan über das Amerikanisch-Russische Verhältnis fort.

Rückschau

In den drei ersten Vorlesungen haben wir in etwas groben Umrissen die Vorgänge, die sich zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten abspielten, bis zum zweiten Weltkrieg verfolgt. Ich werde mich nicht unterstehen, diese geschichtliche Darstellung bis in die jüngste Zeit weiterzuführen. Uns allen liegt diese Zeit zu nahe, als daß wir zu ihr die notwendige wissenschaftliche Distanzierung finden könnten, und mir persönlich liegt sie noch näher, weil ich selber ab und zu mit der Entwicklung der Dinge etwas zu tun hatte, was für einen Historiker keine gute Empfehlung ist. Anstatt aber mit unserer Darstellung in die unmittelbare Gegenwart vorzudringen, wollen wir heute das Thema noch einmal als Ganzes betrachten und sehen, ob aus den Vorgängen, die wir hier geschildert haben, nicht einige Schlüsse zu ziehen wären, die uns helfen können, unsere Einstellung zu den Problemen der Gegenwart zu festigen.

Das erste, was wir hier zu notieren hätten, wäre, wie mir scheint, die Tatsache, daß von Anfang an für dieses sowjetrussisch-amerikanische Verhältnis keine Präzedenz, keine Tradition, keine tiefere geschichtliche Erfahrung vorhanden war. In der ersten Vorlesung hatten wir Gelegenheit festzustellen, daß es der amerikanischen Öffentlichkeit bis zur russischen Revolution an tieferem Verständnis für diejenigen Wesenszüge des Bolschewismus fehlte, die aus der russischen Vergangenheit ererbt worden waren. Auch konnten die Amerikaner sich in die Gestaltung ihres Verhältnisses zur Sowjetmacht nicht damit behelfen, wie es andere Mächte teilweise machten, von den Grundsätzen einer traditionellen Bündnispolitik auszugehen. — Ich weiß auch nicht, ob das viel geholfen hätte. — Denn der Bolschewismus hat doch das alte Gesicht Ruß-

lands als eines möglichen Bündnispartners so entscheidend verändert, daß sich die alten Maßstäbe jetzt nicht mehr anwenden lassen.

So muß gleich am Anfang berücksichtigt werden, daß der Bolschewismus im Jahre 1917 ausgerechnet in einem Lande entstand, dessen Verhältnis zu Amerika noch keine Form angenommen hatte. Auch wenn die russische Revolution überhaupt nicht stattgefunden hätte, würden die russisch-amerikanischen Beziehungen sowieso im ersten Teil dieses Jahrhunderts einer grundsätzlichen Klärung bedurft haben. Bei einer solchen Klärung wären dann sicher zwei große, entgegengesetzte Momente, die in den späteren amerikanisch-sowjetischen Beziehungen eine führende Rolle gespielt haben, stark zutage getreten: erstens die große Verschiedenheit der politischen Tradition, die sich schon bei der Judenfrage am Anfang dieses Jahrhunderts bemerkbar machte, und zweitens der deutsch-englische Gegensatz, der ja, solange Rußland auf der englischen Seite stand, die Vereinigten Staaten immer wieder an die russische Seite gezogen hätte.

Diese Klärung des russisch-amerikanischen Verhältnisses wäre also schwierig genug gewesen, auch wenn Rußland nicht unter kommunistische Herrschaft gefallen wäre. Wie viel schwieriger mußte sie aber werden, nachdem plötzlich — und zur Überraschung der ganzen Welt — der traditionelle Staat Rußland von einer Macht in Besitz genommen worden war, die sich zur ganzen westlichen Welt feindselig verhielt, den Fortschrittsbegriff der abendländischen Zivilisation in Bausch und Bogen verneinte und den westlichen Regierungen, die gerade damals in eine verzweifelte militärische Auseinandersetzung auf Leben und Tod verwickelt waren, effektiv sagte, daß sie nur dann zu retten seien, wenn sie

Selbstmord begehen würden? Dem Problem, was für ein Verhältnis man zu einer solchen Macht begründen sollte, standen die amerikanischen Staatsmänner zuerst fassungslos gegenüber.

Dabei muß berücksichtigt werden, daß keinem Volk der Erde der doktrinaire Marxismus ferner lag als dem amerikanischen. Nicht nur wußten die Amerikaner fast überhaupt nichts von der

INHALT DIESER BEILAGE:

George F. Kennan:

Rückschau

Theodor Schieffer:

Des Winfrid-Bonifatius geschichtliche Sendung (S. 674)

John Foster Dulles:

Das Ziel der amerikanischen Außenpolitik ist Friede (S. 680)

marxistischen Lehre oder von der von den Marxisten beseelten Arbeiterbewegung, sondern es fiel ihnen auch schwer, sich so etwas überhaupt vorzustellen. Sie konnten das Privateigentum durchaus nicht für etwas Böses und Unheilbringendes halten — im Gegenteil, es wurde allgemein als Fundament eines geordneten Gesellschaftswesens betrachtet, als etwas, was mit den tiefsten und zugleich positivsten Zügen der menschlichen Natur eng verbunden war: mit dem Fleiß des Menschen, mit seiner Familientreue, mit der Liebe zu seinen Kindern, mit seinem

Kulturniveau, mit seiner geistigen und zivilrechtlichen Unabhängigkeit, mit seiner Selbstachtung und seiner Zivilcourage. Die gewissenhafte und faire Ordnung der Vermögensrechte galt doch als Kernpunkt der angelsächsischen Gesellschaft. Daran zu rütteln, erschien als eine Art Wahnsinn, als Auflehnung gegen die Zivilisation und den Fortschritt schlechthin. Und wenn dann dieselben Leute, die daran rüttelten, noch weiter gingen und die These vertraten, daß alle Regierungen, die das Privatvermögen und die Privatinitiative duldeten und begrüßten, ganz gleich, ob sie auf Grund demokratischer Wahlen von der unbestrittenen Mehrheit des Volkes getragen wurden, als verwerflich zu gelten hatten und unbedingt mit Gewalt zu stürzen und durch Regierungen zu ersetzen waren, die überhaupt keine Mehrheit hinter sich hatten und bloß auf dem Machtanspruch einer kleinen herrschsüchtigen Minderheit beruhten — das schien dann mehr als Wahnsinn zu sein, das grenzte an Kriminalität, mit solchen Leuten konnte man sich nicht ernstlich unterhalten, an ein normales Verhältnis mit ihnen war nicht zu denken.

Dazu kam noch jenes andere Moment, das ich in den ersten Vorlesungen wiederholt betont habe: nämlich die Tatsache, daß während der

ersten Periode der kommunistischen Herrschaft in Rußland die Welt in einen Krieg verwickelt war, der die Aufmerksamkeit der amerikanischen Öffentlichkeit fast ausschließlich in Anspruch nahm. Sie müssen bedenken, bis dahin hatten die Amerikaner keinen großen ausländischen Krieg erlebt. Es war auch ihre erste Bekanntschaft mit den sehr gefährlichen und mächtigen emotionalen Impulsen, die im modernen demokratischen Nationalstaat von so großen Erlebnissen wie dem Kriege ausgelöst und dann mit allen Mitteln der modernen Propaganda hochgeschürt und bis zu einer Massenpsychose gesteigert werden können. Mir scheint, daß in der heutigen Zeit — und ich stelle es mit tiefster Genugtuung fest — die großen Völker des Westens allmählich eine Art Resistenz gegen solche Beeinflussungen entwickeln. Für diese Art Begeisterung sind sie jetzt nicht mehr so leicht zu haben. Aber damals war das für die Amerikaner alles neu. Der Kriegsbegeisterung verfielen sie wie die Kinder dem Rattenfänger von Hameln. Und in diesem Zustand der schwärmerischen Verblendung waren sie nicht imstande, das Phänomen Sowjetrußland mit der Nüchternheit und der scharfen Aufmerksamkeit anzuschauen, die es seiner Bedeutung nach zweifellos verdiente.

Kompromißbereitschaft der Bolschewiki

Unter solchen Umständen ist es nicht überraschend, daß man in den ersten Jahren der Sowjet-herrschaft Dummheiten machte, zu denen die zwei Interventionen wohl auch zu rechnen sind, und wahrscheinlich auch Gelegenheiten verpaßte, auf die Entwicklung des Verhältnisses der Sowjetmacht zur Außenwelt einen nützlichen Einfluß auszuüben. Ganz besonders konnte es der damaligen amerikanischen Regierung zum Vorwurf gemacht werden, und es ist ihr auch zum Vorwurf gemacht worden, daß sie sich übermäßig von den anderen Alliierten beeinflussen ließ, und vor allem, daß sie es versäumte, auf die verschiedenen Anregungen zur Herstellung eines ordentlichen Verhältnisses, die von sowjetrussischer Seite im Jahre 1919 ausgingen (die Bullittschen Vorschläge waren ja nur ein Beispiel dafür), näher einzugehen. Eine Reihe von bedeutenden Männern, Bullitt eingeschlossen, war damals schon der Meinung, daß die amerikanische Regierung wertvolle Gelegenheiten versäumte und dadurch den künftigen Beziehungen zwischen den beiden Ländern einen vermeidbaren Schaden zufügte.

Ich glaube aber nicht, daß diese Frage sich so eindeutig entscheiden läßt. Man muß bedenken: die Bolschewiki waren damals noch schwach und in einer sehr bedrängten Lage. Sie brauchten dringend wirtschaftliche Hilfe. Sie spürten ein verzweifelt bedürftiges Bedürfnis, irgendwie eine Bresche in die Reihen der kapitalistischen Mächte zu schlagen und sich dadurch vorläufig aus der Klemme zu ziehen. Aus diesen Gründen waren sie bereit, auf Kompromisse einzugehen. Aber ob diese Kompromißbereitschaft die damalige Situation überdauert hätte, ist eine andere Frage.

Gewiß hätte die amerikanische Regierung besser daran getan, den Bolschewiki gegenüber eine

etwas unabhängige Politik zu treiben, etwas selbstbewußter mit ihnen umzugehen, sich geistig und politisch mit ihnen auseinanderzusetzen und de facto Beziehungen zur Sowjetregierung zu unterhalten, solange diese bereit war, den amerikanischen Vertretern den notwendigen Respekt zu zollen. Gewiß wäre es besser gewesen, den Kommunisten bei allen Gelegenheiten die brutale Wahrheit zu sagen, als ihnen überhaupt nichts zu sagen, und die verschiedenen sowjetischen Anregungen auf die Probe zu stellen, anstatt sie von vornherein abzuschlagen oder zu ignorieren.

Man darf aber seine Zweifel haben, wie weit auch eine solche Berührung geführt hätte. In einer späteren Zeit, wo der gute Wille, weiß Gott, bei den Amerikanern reichlich vorhanden war, sollte es sich herausstellen, daß einem wirklich gesunden Verhältnis zwischen den beiden Ländern viele grundsätzliche Hindernisse im Wege standen. Diese Hindernisse bestanden zum Teil in Wirklichkeit auch schon 1919 und hätten mit der Zeit ihre Wirkung ausgeübt, auch wenn die Westmächte auf Bullitts Vorschläge eingegangen und die diplomatischen Beziehungen schon da-

mals wiederhergestellt worden wären. Damals, wie auch später, nahmen die Leiter der russischen kommunistischen Partei in ihren Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern eine zynische und zweideutige Haltung ein. Zweck einer Zusammenarbeit mit den Kapitalisten konnte ihrer Überzeugung nach nur sein, die eigene Stellung zu stärken, damit man am Ende imstande sein würde, diejenigen, mit denen man heute zusammenarbeitet, morgen zu zerschlagen.

Dies war eine grundsätzliche Haltung. Sie wurde nie verhehlt und von Lenin in ausführlicher Weise wiederholt betont. Man braucht nur an den berühmten Zettel zu erinnern, der zur Zeit der Brest-Litowsker Krise von Lenin an seine Kollegen geschrieben wurde und der heute im Museum zu Moskau zu sehen ist. Seine Kollegen hatten sich schriftlich mit der Frage an Lenin gewandt, ob man im Falle der Verlängerung des deutschen Angriffs von den westlichen Alliierten Hilfe annehmen dürfe. „Ich bin dafür“, so etwa schrieb Lenin mit eiserner Verbissenheit, „daß man von den Banditen des englisch-französischen Imperialismus Kartoffeln und Waffen annimmt.“ In demselben Geiste hätte er im Jahre 1919 auch dann gehandelt, wenn irgendeine offizielle Beziehung zu den westlichen Mächten zustande gekommen wäre. Darüber waren sich die amerikanischen Staatsmänner jener Zeit ganz im klaren.

Nun — wer unter solchen Umständen sich auf ein Verhältnis zu einem anderen einläßt, wer also weiß, daß der andere, sobald es die Lage erlaubt, dieses Verhältnis gegen ihn und zu seinem Verderben ausnützen wird, der tut das auf eigenes Risiko. Und es kann niemandem übelgenommen werden, wenn er es vorzieht, doch lieber von einer solchen Bindung abzusehen. Das ist ja immer das Problem der bürgerlichen Parteien und Persönlichkeiten gewesen, die zu gewissen Zeiten von den Kommunisten plötzlich dringend aufgefordert werden, zusammen mit ihnen irgendeine Einheitsfront gegen irgendeine vermeintliche gemeinsame Gefahr zu bilden. Es ist ein gefährliches Spiel — so etwa wie das russische Roulette. Einer bleibt am Ende dabei immer auf der Strecke. So wurden auch damals die russischen Anregungen zur Wiederherstellung der Beziehungen von den amerikanischen Staatsmännern empfunden. Man kann wohl der Meinung sein, daß sie besser daran getan hätten, eine etwas andere Stellung einzunehmen; man darf sie aber nicht für Narren oder Schelme halten, weil sie so reagierten, wie sie es taten.

Die Haltung der ersten republikanischen Regierung

So kam es zu der langen Periode der Nicht-erkennung — einer Periode, die sich im allgemeinen mit der langen Amtszeit der republikanischen Partei deckte. Charakteristisch war es für die damalige Denkweise der amerikanischen Staatsführung, daß die Staatsmänner sich nicht imstande fühlten, das Wesentlichste, was sie an der Haltung des Kremls anzusetzen hatten, als Begründung ihrer politischen Linie anzuführen. Der Hang zum Juristischen war bei ihnen so stark, daß nur diejenigen Momente herausge-

stellt und betont wurden, die auf das formelle Völkerrecht gestützt werden konnten: also die Weigerung, für die Schulden früherer Regierungen aufzukommen, oder die Ablehnung der Verantwortung für die Schäden, welche ausländische Bürger durch die Enteignung erlitten hatten, und endlich — drittens — die propagandistische Tätigkeit der Komintern.

Die ersten zwei dieser Gründe, welche die Anerkennung so lange verhinderten, waren — wie sich später in der Praxis zeigen sollte — reine Ba-

gatellen im Vergleich zu dem, was wirklich auf dem Spiele stand. Der dritte Grund war nur eine Teilerscheinung von etwas viel Tieferem. Wesentlich war hier das ideologische Moment — die grundsätzlich feindselige Einstellung der Machthaber im Kreml zu den westlichen Regierungen und Regierungssystemen und vor allen Dingen ihr ununterbrochenes Bemühen, durch Parteien, die sie mit eiserner Disziplin und konspiratorischen Mitteln leiteten, in den westlichen Ländern Unheil zu stiften und ganzen Bevölkerungsteilen das Vertrauen zur eigenen Regierung, zum eigenen Regierungssystem, ja zur eigenen Tradition selber zu nehmen. Die amerikanischen Staatsmänner der zwanziger Jahre waren sich dieses Momentes im höchsten Grade bewußt, wie es ja auch die heutigen sind. Präsident Coolidge hat es im Jahre 1923 sehr gut als „den aktiven Geist der Feindschaft gegen unsere Institutionen“ bezeichnet. Aber sie empfanden diesen Geist als ein allzu politisches und zu wenig juristisches Phänomen, um der amerikanischen Politik als formelle Begründung dienen zu können.

Jedoch wäre an dieser Stelle auf einen wichtigen Unterschied zwischen der republikanischen Einstellung von damals und der republikanischen Einstellung von heute hinzuweisen. Damals war man sich der möglichen machtpolitischen Bedeutung des Kremels kaum bewußt. Der russische Kommunismus wurde eher verachtet und verabscheut als gefürchtet. Trotz des ersten Weltkriegs hatten die Amerikaner noch nicht verstanden, in welchem Grade die eigene Sicherheit mit der Einigkeit Europas zusammenhing und in welchem Maße die Sowjetunion im Augenblick, da diese Einigkeit ernstlich gestört werden sollte, eine machtpolitische Gefahr nicht nur für Europa, sondern auch für die Vereinigten Staaten selbst sein würde.

So verfielen die republikanischen Staatsmänner der zwanziger Jahre dem irrtümlichen Glauben, daß es genüge, wenn sie mit der Sowjetregierung formell einfach nichts zu tun hätten — d. h. zu ihr keine diplomatischen Beziehungen unterhielten. Sie haben nicht recht begriffen, daß es für sie

galt, aus machtpolitischen Gründen an der Beseitigung der gefährlichen Spannungen mitzuarbeiten, von der die Einigkeit Westeuropas immer noch bedroht wurde. Es stimmt schon, daß sie sehr vieles unternahmen, was ihrer Ansicht nach in diese Richtung führte. Sie haben an den langen Abrüstungsverhandlungen in Genf teilgenommen. Der sogenannte Kellogg-Pakt war zum Teil ein Ergebnis ihrer Politik. Aber das waren meistens Sachen, die aus der traditionellen moralisierenden und universellen Einstellung der amerikanischen Politik stammten, wenig realistisch waren und erst recht nicht aus einem tieferen Verständnis für die mögliche machtpolitische Bedeutung der Sowjetunion resultierten.

Die Politik dieser ersten republikanischen Regierung hatte aber den Vorteil, daß jedenfalls in dem formellen Verhältnis zwischen den beiden Regierungen Klarheit herrschte. Das Fehlen einer amerikanischen Botschaft in der russischen Hauptstadt hatte doch seine Vorteile. Der Zynismus und die Heuchelei, die mit dem Versuch, ein äußerlich normales diplomatisches Verhältnis zwischen zwei ideologisch entgegengesetzten und theoretisch nicht miteinander verträglichen Systemen zu unterhalten, nicht völlig auszuschalten sind, kamen hier einfach nicht vor. Als dann 1933 die Demokraten ans Ruder kamen und die formellen Beziehungen wieder anknüpften, da fehlte es ihnen nicht nur, wie den Republikanern, an dem notwendigen Verständnis für die mögliche machtpolitische Bedeutung des Sowjetstaates, sondern auch an Verständnis für das ideologische Moment, das die Republikaner sehr gut verstanden hatten. Natürlich waren die Demokraten sich dieses Momentes bewußt, aber sie legten ihm längst nicht dieselbe Bedeutung bei, wie es die Republikaner getan hatten. So gingen die Demokraten in den dreißiger Jahren einen Weg, bei dem sie in erster Linie weder von machtpolitischen noch von ideologischen Gedanken geleitet wurden. Sie versuchten hauptsächlich, zu den Sowjetführern ein persönliches Verhältnis zu schaffen und sie in den Widerstand gegen den europäischen Faschismus einzureihen.

Ein verlorener Traum

Dann kam der zweite Weltkrieg, und erst als dieser Krieg zu Ende war, erst als Moskau sich im Besitz der guten Hälfte Europas und in einer Lage befand, geeignet, dem Rest dieses Erdteils die Wiederherstellung der politischen Gesundheit und Stärke zu erschweren, erst als es sich herausstellte, daß die Sowjetregierung scheinbar nichts von ihrer ideologischen Voreingenommenheit gegen den Westen verloren hatte, sondern offensichtlich gewillt war, die Erholung Westeuropas und auch Japans zu verhindern, die noch andauernde Schwäche dieser Gebiete auszunutzen und dadurch in ganz Europa und Asien jeden anderen ihr irgendwie unangenehmen Einfluß auszuschalten und auf diesen ganzen eurasischen Erdteil den eigenen Einfluß — und bei ihnen hieß das, die eigene Macht — auszustrahlen, erst als dies alles geschah, wurden dem amerikanischen Volk zum erstenmal beide Momente, das ideologische und das machtpolitische, zugleich klar, und es emp-

fand plötzlich in der politischen Linie des Kremels sowie in der militärisch-geographischen Lage, in welche die Kriegereignisse die Sowjetunion versetzt hatten, eine Bedrohung nicht nur der eigenen Sicherheit, sondern jeder denkbaren internationalen Ordnung, auf welcher man hoffen konnte, eine friedliche und bessere Welt aufzubauen.

Man muß immer bedenken, daß die Amerikaner im zweiten ebenso wie im ersten Weltkrieg tatsächlich glaubten, für eine neue Weltordnung zu kämpfen, der es gelingen sollte, den Krieg auszuschalten und für die enormen Möglichkeiten, die ein wirklich friedliches und freundschaftliches Zusammenleben der Völker eröffnete, freie Bahn zu schaffen.

Heutzutage mag das naiv klingen, aber damals war es todernst gemeint. Man war sogar bei uns bereit, sich von der traditionellen Politik, die das Land im Laufe von immerhin 150 Jahren hauptsächlich in Frieden und Wohlstand gehalten hatte,

zu trennen und sich auf neue und unerforschte Wege zu wagen, um dieses Ideal zu verwirklichen. Darin lag für viele Amerikaner die symbolische Bedeutung der Vereinten Nationen. Ohne dieses Ideal wäre es für sie, besonders in bezug auf den europäischen Schauplatz, schwierig gewesen, zu verstehen, wofür sie kämpften.

Das ging sehr tief. Hier in Europa besteht, wie ich fürchte, eine Neigung, anzunehmen, daß der Krieg für Amerika eine Bagatelle war, daß er die Amerikaner nichts kostete und ihnen wenig bedeutete. Ich bitte Sie zu berücksichtigen, daß — wenn auch nicht in demselben Maße wie anderswo — auch unsere jungen Männer zu Hunderten und Tausenden auf den Schlachtfeldern umkamen, daß große Opfer gebracht, daß unzählige Familien durch Trauer und Trennung erschüttert, daß die Kinder vernachlässigt wurden und daß überhaupt die sozialen Verhältnisse in eine gefährliche Unordnung gerieten.

Die Menschen konnten nicht umhin, die Frage zu stellen: Wozu das alles, in wessen Namen geschieht das? Und viele fanden gerade in der Hoffnung die Antwort, daß es jetzt endlich eine bessere und friedlichere Welt geben würde, daß dieser Alpdruck aus Völker- und Klassenhaß, aus politischer Hetze, Lüge und Gewalt endlich von der Menschheit weichen würde und daß man sich daranmachen könnte, die materielle und moralische Not, in der große Teile der Weltbevölkerung doch immer gelebt hatten, zu beseitigen und eine Welt zu schaffen, in der man wirklich ohne Angst und ohne Erniedrigung leben und für die eigenen Kinder hoffen könnte, daß sie es noch besser haben würden.

Dann aber, als die kommunistische Hand sich kalt und unerbittlich auf Ost- und Zentraleuropa legte, als es sich als unmöglich herausstellte, die Probleme der Zukunft in einem menschlichen Geiste mit den Russen zu besprechen, als es sich zeigte, daß die Sowjetführer ihre Pläne und Gedanken weiter verheimlichten und mit der westlichen Welt spielten wie eine Katze mit der Maus, und als es endlich klar wurde, daß hier keine Bereitschaft vorhanden war, gemeinsam mit anderen Ländern eine bessere Zukunft zu suchen, sondern immer nur ein rücksichtsloser, von der Ohnmacht und Schwäche der anderen Völker geradezu gesteigerter Machtzang, — da ging den Amerikanern dieser ganze Traum verloren, und sie befanden sich plötzlich in der neuen, ungeahnten Welt außenpolitischer Wirklichkeiten, in der die alten Auffassungen und Pläne nicht mehr galten und aus der es keine Rückkehr gab in die gemütliche Welt der amerikanischen Isolation, die jetzt als ein Kinderparadies erschien.

Das führte zu einem Meinungsumschwung von nicht geringem Ausmaß. — Ein solcher Vorgang geht nicht streng rationell vor sich; er hält sich nicht an die Logik, er stellt eine emotionelle Bewegung dar, die wie eine enorme Welle durch die Herzen und Köpfe des Volkes fegt und von den ruhigeren und besonneneren Geistern nicht leicht einzudämmen ist.

So schlug die amerikanische Politik in den Jahren 1946—1952 völlig um. Die Sowjetunion wurde nicht mehr wie im ersten Weltkrieg als

etwas Nebensächliches betrachtet, sondern umgekehrt, sie wurde von vielen Amerikanern irrlicherweise für das einzig Wichtige gehalten. Die machtpolitische Bedeutung des Kremls wurde nicht mehr wie in den zwanziger und dreißiger Jahren übersehen, sondern sehr ernst genommen, ja, man befaßte sich allzu unmittelbar und ausschließlich mit der militärischen Seite des Konfliktes. Die ideologische Ernsthaftigkeit der russischen Kommunisten und die Tiefe ihrer Voreingenommenheit gegen den Westen wurden nicht mehr wie zu Zeiten Roosevelts unterschätzt. Jetzt erzeugten diese Teile der sowjetischen Gedankenwelt eine solche Voreingenommenheit, daß man für die hoffnungsvolleren Momente, für die Spannungen und Schwierigkeiten, die im kommunistischen Lager auftraten, und für alle Wandlungen und Änderungen, denen die Zeit letzten Endes das Wesen der Sowjetmacht doch unterwarf, keine Aufmerksamkeit mehr übrig behielt.

Bei dieser Einstellung wirkten der Sieg der Kommunisten in China und der Angriff auf Südkorea natürlich wie Öl aufs Feuer. Als dann gleichzeitig dem amerikanischen Volk richtig zum Bewußtsein kam, daß einzelne verhältnismäßig hochstehende amtliche Persönlichkeiten in Wa-

Der traditionelle politische Geist

Soweit die Geschichte der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. — Erlauben Sie mir zum Schluß einige Bemerkungen über das Wesen und die tiefere Bedeutung der enormen Spannung, die auf jeder Seite dieser Geschichte zutage tritt.

Es sind hier drei Momente, die es, wie mir scheint, verdienen betont zu werden: Das erste wäre der traditionelle politische Geist, der von Anfang an in den Vereinigten Staaten geherrscht hat und für ihre Beziehungen zur Außenwelt maßgebend gewesen ist. Es war der spezifisch merkantile Geist der britischen Inseln und des Nordseeraumes in der Zeit nach der Entdeckung der großen Seewege und der Herstellung der Handelsverbindungen zwischen Europa und den entfernten Erdteilen. Es war der Geist der Seemacht, der Geist von Völkern, deren Blick auf die Meere gerichtet ist. Die mit diesem Geist verbundene politische und wirtschaftliche Zivilisation hat gewiß ihre Schattenseiten gehabt — sie führte unter anderem zu der im Grunde genommen ungesunden, aber vielleicht gerade für diese Epoche unvermeidlichen Erscheinung des Kolonialismus — aber ich möchte die Behauptung wagen, daß dieser merkantile Geist sich auch durch gewisse Positive, besonders im Hinblick auf das Zusammenleben der Völker untereinander, auszeichnet: durch ein zuversichtliches inneres Selbstbewußtsein, eine große Ruhe und Bedachtlichkeit des politischen Handelns, einen ausgeprägten Kosmopolitismus und eine lebendige Toleranz dem Auslande und dem Ausländer gegenüber, eine Abneigung gegen alles Doktrinäre und Theoretisch-Künstliche in der Politik, eine instinktive Achtung für die Eigenart und Souveränität anderer Staaten und vor allen Dingen durch einen starken Hang zur Idee des Völkerrechts als Grundlage internationaler Beziehungen. Es ist oft gesagt worden, die Seemacht sei humaner als die

Washington einmal in einer engen und scheinbar unläuterer Beziehung zur Sowjetmacht gestanden hatten, so konnte das, obwohl es lange her war, obwohl die betreffenden Leute nicht sehr zahlreich waren und obwohl sich alles in einer völlig anderen Atmosphäre abgespielt hatte, von einem erheblichen Teil des Volkes doch nicht mit Gelassenheit hingenommen werden.

Es trat ein Zustand ein, der die innenpolitische Ausbeutung geradezu herausforderte. So kamen die Dinge zustande, die hier wie bei uns in den letzten Monaten so viel besprochen wurden und über die noch immer heftig gestritten wird.

Jetzt geht es nicht mehr um die Frage, ob in der amerikanischen Politik den dunklen und gefährlichen Seiten der kommunistischen Denkart oder der machtpolitischen Bedeutung des Kremls Rechnung getragen wird. Jetzt geht es darum, ob ein großes demokratisches Volk, den Einflüssen der Demagogie und der bewußt verantwortungslosen Vereinfachung aller Werte wie jedes andere ausgesetzt, auf die Dauer mit einem äußerst komplizierten, subtilen, an Weitsicht und ruhige Überlegung die höchsten Ansprüche stellenden Problem der Außenpolitik und der Staatskunst fertig wird.

Landmacht. Das scheint mir im allgemeinen richtig zu sein; und ich möchte noch hinzufügen, daß der merkantile Geist besonders geeignet ist, das friedliche Zusammenleben einer aus vielen souveränen Staaten bestehenden Völkergemeinschaft sicherzustellen.

Die Russen hatten das umgekehrte Erlebnis. Sie fanden den Weg zur nationalen Größe in einer Welt, in der die Landmacht entscheidend war. Hier war an der Politik alles absolut, nichts relativ. Hier gab es keine Freundschaft, kein Sich-abfinden mit der dauerhaften Existenz und den

Rechten des Nachbarn. Hier ging es immer um Unterwerfung oder Ausmerzung. Hier mußte man tatsächlich immer wieder wählen, ob man Hammer oder Amboß sein wollte. Hier waren die Kriege grausam und erbittert, und es wurde nicht wie in der merkantilen Welt um begrenzte Ziele, sondern um das Letzte gekämpft. Hier ging es immer um die nationale Unabhängigkeit, um die Heimat, um das Leben selbst. Hier gab es viele Waffenstillstände, aber selten einen Frieden; denn Frieden war nur dann zu haben, wenn der Gegner vollkommen geschlagen, seine Unabhängigkeit verloren, sein Gebiet verheert und einverleibt war. Der eigene Gewinn war immer nur in der Katastrophe des anderen zu suchen.

In diesem harten und unerbittlichen politischen Klima bildete sich die russische Staatskunst und die russische Einstellung zur Außenwelt. In der Zeit, in der Petersburg die Hauptstadt des Landes war, wurde dieses politische Klima durch die Beteiligung des russischen Hofes an der großen Politik der europäischen Kabinette allerdings etwas milder, denn die dynastische Politik war wie die merkantile trotz all ihrer Schattenseiten doch hauptsächlich auf begrenzte Ziele gerichtet. Aber die Einstellung des Petersburger Hofes hatte auf die tieferen Geistesströmungen im russischen Volk wenig Einfluß, und als dann das Zarentum zusammenbrach und die Hauptstadt wieder in das traditionelle Moskau zurückverlegt wurde, kehrte das neue bolschewistische Regime in seinen außenpolitischen Auffassungen zu dem alten Geiste des Moskowiter Fürstentums zurück. Der von Lenin umgearbeitete Marxismus, nach russischer Art zu einer starren, formellen, mit vielen Zeremonien umgebenen Doktrin umgestaltet, diente an Stelle der alten religiösen Orthodoxie als Quelle der Ablehnung und Verachtung der Außenwelt, als Quelle des Fremdenhasses und der Selbstverherrlichung, als Grundlage für den messianischen Anspruch auf die Weltherrschaft.

Die Ideologie

Das bringt mich nun zu dem zweiten Moment, der Ideologie. Und hier möchte ich betonen, daß es eigentlich nicht der sozialwirtschaftliche Inhalt der marxistischen Lehre war, der zu den größten Schwierigkeiten führte. Dieser Inhalt wirkte zwar bei uns befremdend und abstoßend. Aber er hätte auch von der amerikanischen Öffentlichkeit ruhig hingenommen werden können, wenn er nicht mit dem anmaßenden Anspruch auf Weltgeltung und vor allen Dingen mit der heftigen, leidenschaftlichen Ablehnung der ganzen westlichen Gesellschaftsordnung verbunden gewesen wäre. Wenn die Russen nur bei sich zu Hause mit dem Kommunismus herumexperimentieren wollten, so hätte uns das im Grunde nichts geschadet. Aber daß sie es sich zum Ziel setzten, der noch übrigbleibenden kapitalistischen Welt bei ihrem vermeintlichen Untergang behilflich zu sein — das war der Stein des Anstoßes.

Wir fangen jetzt an zu verstehen, daß dieses starke antiwestliche Ressentiment nur ein Phase, und zwar die erste, einer viel größeren geschichtlichen Entwicklung war, das heißt jener gewaltigen Auflehnung gegen den Westen, die heute alle

Völker erfaßt hat, welche im Schatten der englischen Weltmacht und des Kolonialismus zum nationalen Bewußtsein kamen und zu der auch die chinesische Revolution und die allgemeine Verbitterung der asiatischen Intelligenz gegen die Anschauung und das Beispiel des Westens zu rechnen wären. Wir haben es hier offenbar mit einer Art von geistiger Auflehnung des Sohnes gegen den Vater zu tun — des Sohnes, der sich gerade deshalb gegen den Vater wendet, weil er sich seiner geistigen Abhängigkeit schämt und nicht mehr das Produkt fremder Beeinflussung, sondern etwas für sich sein will. Wir stehen hier vor einer Revolution der Peripherie der abendländischen Welt gegen das Zentrum, von dem sie erweckt und zum nationalen Bewußtsein gebracht wurde. Die russische Revolution war nur ein Teil dieser Entwicklung. Und die Vereinigten Staaten, die nicht umhin können, heute als stärkster Exponent der abendländischen Welt hervorzutreten, ernten in dieser Hinsicht nur, was die kolonialen Mächte in den vergangenen Jahrhunderten gesät haben.

Die Expansion der Sowjetunion

Dazu kommt nun das letzte Moment: der Drang der Sowjetunion als machtpolitisches Gebilde zur geographischen Expansion auf dem eurasischen Erdteil. Ich glaube, daß diese Erscheinung, obwohl sie gewiß mit den eben erwähnten geschichtlichen und ideologischen Elementen zusammenhängt, doch etwas Unabhängiges darstellt. Sie ist eine Erscheinung, die sich meines Erachtens automatisch aus dem inneren Wesen der Sowjetmacht ergibt. Sie besteht in der einfachen Tatsache, daß es einer Macht, die nur diktatorisch und totalitär zu regieren versteht, immer schwer fällt, zu den Nachbarn ein normales und dauerhaftes Verhältnis zu unterhalten. Der Erfolg der totalitären Innenpolitik wird immer nur dann vollständig sein, wenn man das Volk davon überzeugen kann, daß es sonst nirgends ein größere Freiheit gibt als die, welche es genießt, und daß es also vergebens ist, auf mehr zu hoffen. Ein Regime, das mit diesen Mitteln arbeitet, wird sehr schlecht die Nachbarschaft einer anderen und mehr liberalen Ordnung ertragen. Jede angrenzende freie oder auch nur freiere Gesellschaft muß ihm auf die Dauer lästig und schwer ertragbar werden. Bei einem solchen Regime wird immer, wie ich befürchte, die Neigung bestehen, auch wenn es sich eben erst ein Land einverleibt hat, sich auch das nächste noch einzuverleiben.

Es liegt auf der Hand, daß die Vereinigten Staaten sich keineswegs mit einer unbegrenzten

Expansion der Sowjetmacht in Europa oder Asien abfinden können. Dazu ist der eurasische Erdteil viel zu wichtig, viel zu entscheidend, nicht nur vom machtpolitischen, sondern auch vom kulturellen und politisch-philosophischen Standpunkt aus. Die Grenzen, bis zu denen sich die faktische russische Herrschaft infolge der Auswirkungen des letzten Krieges und der chinesischen Revolution ausgedehnt hat, bilden schon eine schwerwiegende Verschiebung des internationalen Kräfteverhältnisses, eine schwere Belastung der Stabilität der internationalen Beziehungen und folglich einen Zustand, der die Sicherheit auch des nordamerikanischen Kontinents auf das empfindlichste berührt. Aber die Bedeutung dieser Expansion für die Vereinigten Staaten wird mit dem machtpolitischen Moment nicht erschöpft. Bei einem vom Kommunismus beherrschten Europa würden die Vereinigten Staaten auch in geistiger und kultureller Hinsicht isoliert dastehen, denn ich kann nicht glauben, daß in der kommunistischen Welt für die humane und christliche Tradition des Abendlandes ein Platz vorhanden wäre. Und ich weiß nicht, ob Amerika ohne das Band, das es immer mit Europa wie mit einer Mutter verbunden hat, stark genug sein würde, allein die abendländische Tradition am Leben zu erhalten und unversehrt für eine bessere Zukunft zu bewahren.

Ein Buch mit sieben Siegeln

So haben wir es hier mit einer von der Logik der Geschichte erzeugten Spannung zu tun, einer Spannung von ungeheurer Tiefe und Schärfe. Aber gerade deshalb — und das wäre der letzte Gedanke, dessen Erwägung ich Ihnen anheimstellen möchte — gerade weil diese Spannung so tief im Werdegang unserer Epoche verwurzelt ist, soll man anerkennen, daß sie nicht auf einmal, nicht mit irgendeinem einzelnen Handgriff und erst recht nicht mit den fatalen Mitteln aggressiver Gewalt zu lösen ist. Das soll nicht besagen, daß man nicht bereit sein sollte, das Eigene mit Gewalt zu verteidigen, wenn es darauf ankommt. Aber es soll besagen, daß die Gewalt immer als etwas Schlimmes zu betrachten ist, auf die man nur dann zurückgreifen sollte, wenn es darum

geht, noch Schlimmeres zu verhüten, und daß man nicht von der Gewalt erwarten sollte, sie könne allein eine Spannung von diesem Ausmaße und von dieser geschichtlichen Weite überwinden und heilen. Dazu gehört noch ganz anderes: eine positive Idee, Menschenliebe und eine auf Vertrauen und Verständnis beruhende Menschenführung. Dazu gehört auch, daß dem langen, gewaltigen und trüben Prozeß des geschichtlichen Wandels die Möglichkeit gegeben wird, sich zu vollenden. Und ich möchte darauf aufmerksam machen, daß wir diesen geschichtlichen Prozeß nicht bis ins letzte Detail zu verstehen brauchen, um ihm unser Vertrauen schenken zu dürfen. Im Gegenteil, wir müssen so einsichtig sein zu erkennen, daß Gegenwart und Zukunft für uns ebenso ein

Buch mit sieben Siegeln sind wie die Vergangenheit — ja noch mehr —, daß es uns nicht gewährt ist, sehr weit in die geheimnisvollen Wirkungen der Geschichte hineinzuschauen, und daß wir nicht in jedem beliebigen Augenblick imstande sind, alle Wege zu übersehen, auf denen die großen Probleme des menschlichen Zusammenlebens gelöst werden können. Bei dem Konflikt zwischen der Sowjetmacht und der abendländischen Welt muß man der Geschichte die Zeit erst recht lassen, die Spannung mit ihren eigenen, für Menschen nicht ganz erforschbaren Mitteln allmählich abzdämpfen, ihre Voraussetzungen abzuändern und sie auf diese Weise auf ertragbare Ausmaße zu reduzieren, wie sie es bei so vielen Spannungen der Vergangenheit getan hat.

Das heißt nicht, daß man passiv beiseite stehen oder gar keine Anstrengung machen soll, die Geschichte zu verstehen oder zu beeinflussen. Man muß beides tun, soweit es geht. Es ist sogar von größter Wichtigkeit, daß man nie aufhört, beides zu tun. Man muß aber bescheiden sein. Man muß nicht darauf bestehen, alles klar und auf längere Sicht voraussehen zu wollen, bevor man sich zum Handeln bequemt. Man muß auf die Mittel achten, daß sie anständig und lauter sind, denn mit anderen ist wenig zu erreichen. Und wenn der einzelne — ich sage der einzelne, denn der Mensch ist in seinem Verhältnis zu den großen politischen Problemen ebensowohl ein einsames Wesen wie in seinem Privatleben und letzten Endes auf sich selbst und sein Gewissen angewiesen — wenn der einzelne das Tägliche und Erfassbare getan hat, dann kann er sich für den Rest nur auf all das verlassen, was Goethes Faust in dem Moment tiefster Verzweiflung verfluchte: auf die Hoffnung, den Glauben und vor allem auf die Geduld.

Ich habe versucht, nur von unseren amerikanischen Problemen zu sprechen. Aber ich hatte zuweilen das Gefühl, daß es vielleicht doch nicht nur die unsrigen waren und daß aus dieser Betrachtung der Beziehungen zwischen zwei großen Völkern und Systemen vielleicht manche Erkenntnis gewonnen werden könnte, die für die ganze Menschheit und nicht zuletzt für die Jugend Deutschlands im Jahre 1954 ihre Bedeutung hat.

THEODOR SCHIEFFER

Des Winfrid-Bonifatius geschichtliche Sendung

Der folgende Aufsatz wurde mit Zustimmung der Redaktion übernommen aus dem ARCHIV FÜR MITTEL-RHEINISCHE KIRCHENGESCHICHTE Bd. 6 (1954).

Die Kirchengeschichte ist reich an Heiligen, die durch den Flug des Geistes oder durch die himmelstürmende Inbrunst mystischer Hingabe an Gott für Mit- und Nachwelt hinreißendes Vorbild geworden sind. Zu diesen Gestalten gehört der historische Bonifatius, so wie er wirklich war, nicht, mit einem Augustinus oder einem Franziskus hat er nicht allzu viel gemein. Joseph Bernhard gibt im Vorwort seines Bonifatius-Büchleins die Meinung Peter Dörflers wieder: „... aus dem Ängstlichen, Pedantischen sei keine packende Gestalt zu machen“, und er findet auch selbst, „Bonifatius sei kein Mann, der Dichter oder Essayisten groß begeistern könnte“. Das ist richtig, — freilich sind wir versucht hinzuzufügen: das ist auch ein Glück, denn der geschichtlichen Wahrheit hat es kaum je gedient, wenn Dichter und Essayisten da ernten wollten, wo der Historiker gesät hatte; der angerichtete Schaden ist sogar meist nicht mehr gutzumachen.

Zu den elementaren, unabweisbaren Wahrheiten gehört es aber, daß Bonifatius in einem entscheidenden Augenblick bestimmend, wegweisend in unsere Geschichte eingegriffen hat. Ein lebendiges Gefühl dafür geht auch dem allgemeinen, volkstümlichen Geschichtsbewußtsein keineswegs ab, und es hat sich auch seiner Persönlichkeit bemächtigt, aber es war — wie so oft — nicht imstande, die komplizierte, differenzierte historische Wirklichkeit als ganze in sich aufzunehmen; es will ein Bild, das sich einprägt und die Phantasie anspricht, es vereinfacht die Wirklichkeit, es wählt packende, mitreißende Züge und

Szenen aus: wir sind gewohnt, in Bonifatius den „Apostel der Deutschen“ zu sehen, aus seiner Lebensgeschichte kennt jeder die Fällung der Donarseiche in Geismar und das blutige Ende in Dokkum, dessen wir in diesem Jahre gedenken.

Nun, wir wollen den durch eine jahrhundertalte Gewohnheit sanktionierten Ehrentitel des Apostels der Deutschen niemandem verleiden, aber wir können nicht verschweigen, daß diese Bezeichnung historisch unscharf und, wenn sie sich mit der Vorstellung verbinden sollte, Bonifatius habe ein noch heidnisches Deutschland bekehrt, einfach falsch ist. Eine Einzelpersonlichkeit, der ausschließlich oder auch nur mit Vorrang die Kennzeichnung als Apostel Deutschlands zukäme, gibt es nicht. Die Christianisierung der deutschen Lande setzt bereits mit der Selbstbehauptung des römischen Provinzialkirchentums in den Rhein- und Donaugebieten ein, sie ist ein Vorgang, der sich auf lange Jahrhunderte und auf zahlreiche, zum guten Teil namenlose Kräfte verteilt. Zudem haben wir längst gelernt, den Begriff „Deutsch“ sehr bestimmt vom „Germanischen“ abzuheben: er ist erst für die Zeit von 900 an verwendbar, als die Stämme der Franken, Schwaben, Bayern und Sachsen zu einer gesonderten politischen Gemeinsamkeit fänden. Bonifatius war ein angelsächsischer Germane — und er war sich dieser Volkszugehörigkeit mit Stolz bewußt —, der Schauplatz seines Wirkens war das Reich der Franken, ein unmittelbarer Bezug zur eigentlichen deutschen Geschichte ist bei ihm nicht gegeben.

die Einsicht in die Irrealität der heidnischen Göttervorstellungen; die Christianisierung bedeutete bei den Germanen den offiziellen, mehr oder minder spontanen Übertritt ganzer Gruppen und Gemeinschaften zum neuen Gott, zum neuen Kult, und das hieß in der Praxis: es war eine Christianisierung von oben her, sie mußte ansetzen mit dem Versuch, den König, die Fürsten, die Großen zu gewinnen, nur in Anlehnung an eine christliche Staatsgewalt versprach die Glaubenspredigt Erfolg. Jeder andere Ansatz, so mutig er war, ist gescheitert; der Versuch der machtlosen Predigt führte die Ewalede bei den Sachsen in den Untergang, führte zum Fehlschlage Winfrids bei seinem ersten Auftreten in Friesland. Nicht das Pathos der Todesbereitschaft, an das wir so leicht bei der Heidenmission denken, ist der hervorstechende, bestimmende Zug bei der Bekehrung der heidnischen Germanen, sondern die Demonstration der Überlegenheit des Christentums schon auf Erden: Christus ist der stärkere Gott! So rief der noch heidnische Frankenkönig Chlodwig in der Bedrängnis der Alamanenschlacht zum Gott der Christen, und so ist auch die öffentliche, ostentative Zerstörung heidnischer Heiligtümer eine häufige Geste der Glaubensboten geworden; was Bonifatius in Geismar tat, wird in ähnlicher Art aus England, von Galus, von Willibrord berichtet.

Damit ist zugleich schon gesagt, was in einem richtig gesehene Geschichtsbilde der blutige Tag von Dokkum bedeutet. Was sich am 5. Juni 754 zutrug, war eben darum ein so erschütterndes, ein unerhörtes Ereignis, weil es ganz aus dem Rahmen dessen fiel, worauf die Zeitgenossen und auch die Glaubensboten selber gefaßt sein mußten. Das heroische Zeitalter der Märtyrer lag in einer schon fernen Vergangenheit, im 8. Jahrhundert stand nicht mehr zu erwarten, daß die Predigt des Evangeliums ihre Erfüllung im Blutzugnis finden werde. Auch Bonifatius hatte sich seit seinem Mißerfolg von 716 der Erfahrung gebeugt und sich bei der Mission des Rückhaltes am fränkischen Staate versichert. Der dramatische Ausgang in dem gleichen friesischen Lande, wo er vierzig Jahre zuvor begonnen, hat wahrlich etwas Packendes, Bewegendes, aber dieser Eindruck darf darum doch nicht die Vorstellung von einem gewollten, organischen Abschluß suggerieren. Fast die gesamte bisherige Literatur ist dieser Suggestion erlegen, indem ein Autor nach dem andern wiederholt, Bonifatius habe den Märtyrertod gesucht. (Ich kann mich selber davon nicht

Die Tat von Geismar

Ebenso wenig dürfen wir uns der Einsicht verschließen, daß die Szenen von Geismar und Dokkum, so wie sie gemeinhin verstanden werden, in der Geschichte des Bonifatius „atypisch“ sind (wenn wir uns dieses Ausdrucks aus anderen Wissenschaftszweigen hier einmal bedienen dürfen). Allerdings müssen wir gleich präzisieren: was in Geismar geschah, war schon eine charakteristische Tat, aber nicht in dem heroischen Sinne, den ihr das volkstümliche Geschichtsbild beizulegen pflegt. Die Vorstellung, Bonifatius sei hier todesmutig einer erregten, in ihren Reaktionen unberechenbaren Heidenmenge entgegengetreten, ist ganz und gar ungeschichtlich. Er befand sich in einem Lande, das fest in die fränkische Herrschaft einbezogen war, er stand für seine Person unter dem besonderen Schutz des Hausmeiers Karl Mar-

tell, und zu allem spielte sich der Vorgang im Schatten der fränkischen Festung Büraburg ab! Daß Bonifatius sich einer sonderlichen Gefahr aussetzen mußte, ist kaum denkbar und wird von der maßgebenden Quelle auch gar nicht behauptet. Die wahre Bedeutung der Tat von Geismar liegt auf ganz anderer Ebene: was hier geschah, war eine Demonstration, und sie war charakteristisch für die Germanenmission. Die Wege der Germanenbekehrung waren grundverschieden von der frühchristlichen Mission, die sich in einer Hochkultur, in der hellenistisch-römischen Umwelt, hatte behaupten und durchsetzen müssen. Im Vordergrund stand jetzt nicht mehr die rational unterbaute Argumentation, das Werben um den Einzelmenschen, um seine Überzeugung, seine Entscheidung, sein Bekenntnis, auch nicht so sehr

ausnehmen; vgl. „Angelsachsen und Franken“ S. 6). Das aber ist keineswegs glaubhaft; Bonifatius hatte sich nicht mutwillig in die Gefahr gestürzt, er war zwar in die noch ungenügend gesicherten Randgebiete vorgedrungen, aber in

fränkisch beherrschtem Lande geblieben. Auch spricht nichts dafür, daß es sich bei dem blutigen Geschehen um eine Art „Überzeugungstat“ friesischer Heiden gehandelt habe; es war ein primitiver Raub- und Mordüberfall . . .

Apostel Hessens . . .

Die bevorzugte, ja isolierte Blickrichtung des gängigen Wissens um Bonifatius auf Geismar und Dokkum ist eben darum eine so bedenkliche Fehlerquelle, weil das volkstümliche Geschichtsbild ohnehin den Heidenmissionar zu sehr, fast ausschließlich, in den Vordergrund rückt. Gewiß hat sich Bonifatius auch der Heidenbekehrung gewidmet, und wenn er es tat, dann mit aller Kraft und Hingabe. Er hat als Heidenmissionar begonnen und geendet, aber diese seine Wirksamkeit hat sich doch, zeitlich sowohl wie räumlich, nur in klar umrissener Begrenzung entfaltet. Auf kurze Zeit, wahrscheinlich nicht einmal zwei volle Jahre lang, war er Schüler und Gefährte Willibrords in Friesland; seine eigene große Leistung dieser Art war dann die Gewinnung Hessens als der letzten heidnischen Insel im damaligen Frankenreich. Legen wir auf die elementare Christianisierung den Ton, dann war Bonifatius der Apostel Hessens, nicht Deutschlands, — wobei noch zu beachten bleibt, daß wir unter „Hessen“ nur die eigentliche, historische Landschaft dieses Namens um Fritzlar und Gudensberg zu verstehen haben.

Stellen wir uns vor, Bonifatius hätte zeitlebens die Erfüllung seiner Aufgabe darin gesehen (oder sehen müssen), den Heiden das Evangelium zu bringen, er hätte etwa 735/38, als er ja immerhin schon im siebenten Lebensjahrzehnt stand, seine irdischen Tage beschlossen. Was wäre sein Platz, seine Stellung in der Geschichte?

Ganz unverkennbar wäre er eine Gestalt, bei der die typischen Zeitzüge überwögen. Er war ein Sproß des glaubenseifrigen, kirchenstrengen, romverbundenen, bildungsfrohen angelsächsischen Benediktinertums. In der heimatlichen Klosterwelt von Wessex war ihm ein langes, bedächtiges Reifen zum innerlich gefestigten, willensstarken Manne beschieden. Schon ein Vierziger, wurde er, sichtlich angezogen vom Vorbilde des Friesenapostels Willibrord, erfaßt von dem asketischen Ideal des Verzichtes auf die Heimat, um bei den stammverwandten Festlandsgermanen das Reis des christlichen Glaubens zu pflanzen. Das Jahr 716 brachte ihm die entscheidende, grundlegende Erfahrung: den Mißerfolg der Predigt vor dem Friesenherzog Radböd, der eben die Franken aus dem Felde geschlagen, für den Christus nicht der stärkere Gott war. Der zweite, endgültige Auszug, 718, stand dafür im Zeichen einer durchdachten, entschlossenen Planmäßigkeit. Beim Papst holte Winfrid eine formelle Missionsvollmacht ein und führte seither nur noch den ihm bei diesem Anlaß verliehenen Namen des römischen Tagesheiligen, des Märtyrers Bonifatius aus dem frühen 4. Jahrhundert. Es folgen die Lehrjahre in Friesland und die Verselbständigung auf dem eigenen hessischen Arbeitsfelde seit 721. Die Bischofsweihe — wiederum in Rom — und der Schutz des Hausmaiers sichern dem ganzen Missionswerk, das sich bald nach Thüringen auswei-

tet, Rechtsgrundlage, politischen Rückhalt und Stetigkeit. Schon beginnt das Schwergewicht allmählich von der Heidenbekehrung auf den Kampf mit verrottetem Klerus, auf die Reinigung des kirchlichen, christlichen Lebens überzugehen. Im Jahre 732 wird Bonifatius vom Papste zum Erzbischof erhoben, mit dem Recht und dem Auftrage, Bischöfe einzusetzen; aber sein Einfluß beim Hausmaier reicht nicht so weit, daß er dieses Amt auch ausüben könnte. Wohl vermag er sich im monastischen Bereich zu entfalten: zu Amöneburg, Fritzlar und Ohrdruf, die schon in

den zwanziger Jahren entstanden sind, treten die Frauenklöster am Main — Tauberbischofsheim, Kitzingen, Ochsenfurt —, aber auf dem Wege zu seinen Hauptzielen, dem Ausbau einer Bistumsorganisation, dem Vorstoß zu einer Mission bei den Sachsen, bleibt er stecken.

Soweit ist Bonifatius unstreitig schon eine markante Persönlichkeit und nimmt einen ehrenvollen Platz ein unter den Glaubensboten, die aus der Anonymität herausragen, in der Reihe, die mit Amandus, Kilian, Emmeram, Rupert begonnen hat, der seine Zeitgenossen Willibrord und Pirmin angehören und die sich in späteren Jahrhunderten etwa mit Ansgar, Adalbert von Prag, Otto von Bamberg fortsetzen wird, — aber als eine Gestalt von welthistorischem Format, die alle Vorgänger und Zeitgenossen weit hinter sich ließe, können wir ihn bis dahin noch nicht ansprechen, den Charakter der Einmaligkeit haben alle diese Taten nicht.

Schlüsselgestalt an einem Wendepunkt der Weltgeschichte

Einmalig waren dagegen die Impulse, die im letzten Jahrzehnt seines Lebens von ihm ausgingen, als im Jahre 741 der Abschnitt anhub, den die geschichtlichen Darstellungen nicht mehr als „Mission“, sondern als „Reform“ zu bezeichnen pflegen. Hier liegt ein geschichtlicher Einschnitt vor, aber nicht etwa in den Konzeptionen des Bonifatius, die Wende wird vielmehr durch den Generationswechsel im Karolingerhause bestimmt.

Das soll uns ein Fingerzeig sein. Das Lebenswerk des Bonifatius hat sich nicht in autonomer Gradlinigkeit entwickeln können, die faktische Entscheidung lag oft bei ganz anderen Mächten. Gerade von dieser grundlegenden Einsicht her öffnen sich sehr weite historische Perspektiven, die wir aber nur in den Blick bekommen, wenn wir mit der isolierten biographischen Sicht, von der die üblichen Geschichtskennntnisse hier ganz bestimmt sind, radikal brechen und uns ernstlich bemühen, seine Gestalt und sein Werk ganz aus seinem 8. Jahrhundert heraus zu verstehen, und wenn wir dabei zugleich versuchen, die geschichtliche Eigenart dieses Zeitalters in tunlichster Breite und Tiefe zu erfassen. Dann erweist sich vor einem weiter gespannten Blick sehr leicht,

daß Bonifatius unendlich mehr war als ein Heidenmissionar neben anderen; wir dürfen ihn ohne jede Übertreibung eine Schlüsselgestalt an einem Wendepunkt der Weltgeschichte nennen.

Das soll nicht einfach heißen, er habe „an der Wende vom Altertum zum Mittelalter“ gestanden, schon darum nicht, weil es eine Grenzlinie solcher Art überhaupt nicht gibt. Aber es gibt einen sehr breiten Grenzsäum zwischen diesen beiden Kulturwelten, einen Grenzsäum, der nicht mehr Antike und noch nicht Mittelalter ist und den niemand von irgendeinem fixen Datum her zerschneiden sollte, der sich vielmehr darstellt als eine vielhundertjährige Wandlungskrise der christlichen, der romanisch-germanischen Welt und etwa von 400 bis 750 anzusetzen ist. Des Bonifatius historischer Ort ist das Ende dieser Übergangsperiode, — und insofern ist er, den wir durchaus mit Recht als einen wegweisenden Initiator zu sehen pflegen, zugleich eine Gestalt relativer Spätstufe: er hat einen maßgeblichen Beitrag geleistet zur Überwindung dieser weltgeschichtlichen Krise, zur neuen, grundlegenden Konsolidierung der christlich-europäischen Welt, und damit steht er an der Schwelle unseres Mittelalters!

Ausklingende Antike

Um wenigstens andeutungsweise zu verstehen, was denn eigentlich das Wesen, die Tragweite dieser gewaltigen Krise ausmacht, müssen wir also sehr weit zurückschauen, für einen Augenblick sogar bis zur ausklingenden Antike um 400. Zu jenem Zeitpunkt waren Staat, Kulturwelt, Christenheit, Kirche kongruente Größen gewesen, gebunden durch die römisch-griechische Mittelmeereinheit des Imperiums Romanum. Über diese Welt aber waren die tiefgreifenden Wandlungen hereingebrochen, die in dem Schlagwort von der „Völkerwanderung“ nur sehr unvollkommen zusammengefaßt werden. Dieses vielgestaltige Geschehen mit abwägendem historischem Verständnis und Urteil zu begreifen, ist nicht

leicht. Auflösung, Niedergang, Zerstörung — noch dazu im Zeitraffer gesehen — bestimmen optisch das Bild; überdies sind unsere Wertungskategorien sehr stark humanistisch geprägt und nehmen unwillkürlich die klassische Antike als Maßstab und Leitbild. Damit aber erfassen wir nur Teilwahrheiten. Das Zeitalter der Völkerwanderung war keineswegs rein destruktiv. Die antike Welt war längst in einem Wandel von innen her begriffen. Selbstaufgabe und Verfall wirkten sich nachhaltiger aus als die im ganzen doch nur sporadischen Zerstörungen, aber neben dem Absterben gibt es auch eine zähe Beharrungskraft antiker Werte, und die romanisch-germanische Blutmischung bedeutete eine neue Grund-

legung der europäischen Zukunft. Es ergeben sich also vielerlei Aspekte, von denen auch jeder auf seine Art für unsere Fragestellung etwas bedeutet. Schlechthin entscheidend ist aber der eine: in der Erschlaffung des Römertums und unter dem Einstrom germanischer Stämme löst sich die bisherige imponierende Einheit auf. Am Rande der zurückweichenden Romania formieren sich endgültig die germanischen Großstämme, zeitweilig in heftiger Rivalität untereinander; aber auch die Kulturwelt selber differenziert sich und gibt den Weg zu einem Nebeneinander romanischer Völker frei. Die weltweite wirtschaftliche Verflechtung lockert sich durch die Schrumpfung des Handels und den Rückfall in ganz überwiegend agrarische Lebensbedingungen. Die politische Einheit zerbricht, die Wege des lateinischen Westens und des griechischen Ostens gehen scharf

auseinander. Auf dem Boden des westlichen Imperiums bilden sich germanisch geprägte Staaten mit sehr starkem Eigenbewußtsein; im 7. Jahrhundert besteht schon ein europäisches Staatensystem mit den Großreichen der Franken in Gallien, der Langobarden in Italien, der Westgoten in Spanien. Im Gegensatz dazu hielt der östliche Teil des Imperiums mit der Hauptstadt Konstantinopel in ungebrochener Kontinuität allen Stürmen stand. Das Ostreich behauptete sogar noch wichtige Brückenköpfe im Westen, italische Rand- und Restpositionen um Ravenna und Rom, die freilich einem unablässigen Langobardendruck ausgesetzt waren; aber seine Wurzeln zum römisch-italischen Volkstum waren zerschnitten, es befand sich in vollem Wandel zum griechisch-byzantinischen Reich des Mittelalters.

Partikularkirchentum

Inmitten dieser Konstellation sehr ungleichartiger politischer Kräfte ist auch Bonifatius zu sehen, aber natürlich nicht als ein Mann der Politik, sondern als ein Mann der Kirche, — und damit stehen wir am Kern des Problems.

Auch die Kirche war in jene welthistorische Wandlungskrise hineingezogen worden. Gewiß nicht in einem elementaren, radikalen Sinne: wenn eine Untergangsgefahr, menschlich gesehen, je bestanden haben sollte, so war sie längst überwunden. Die Kirche hatte eine Probe auf ihre Überzeitlichkeit bestanden, sie hatte sich als eine Kontinuitätsklammer erwiesen, die Altes und Neues verband. Die Gewinnung der Germanen für das Christentum war grundsätzlich entschieden, das Wirken des Bonifatius gehört in dieser Hinsicht schon der Endphase an. Es handelte sich keineswegs um ein notdürftiges „Überleben“, die Kirche bewahrte sich ihre noch von der Antike geformte und genormte Struktur in Dogma und Kultus, in Verfassung und Recht. Aber: vom Zerfall der Einheit, von der inneren Differenzierung war auch sie betroffen, die Zeiten, da sie eine geschlossene Reichskirche im Verbands des Imperiums unter der Obhut des Kaisers gebildet hatte, waren dahin. Die den Menschen der Zeit selbstverständlich erscheinende Kongruenz von politischer und religiöser Ordnung hatte in der Spätantike ein universalkirchliches System entstehen lassen, an dem gleichen Prinzip zerbrach es in der Völkerwanderung. Nun war aber — und darin liegt die entscheidende Komplizierung des Bildes — die vom Kaiser beherrschte Reichskirche nicht einfach auseinandergefallen und untergegangen; im reduzierten Rahmen des Oströmisch-Byzantinischen Reiches bestand sie vielmehr fort, als griechische Kirche tief im Volke verwurzelt, aber auch belastet durch ein noch verschärftes, verhärtetes Staatskirchentum, das Eingriffe des „apostelgleichen“ Kaisers bis in den innersten, den sakralen Bereich hinein hinnehmen mußte. Die Reichskirche des lateinischen Westens hatte sich dagegen, im Zuge der politischen Wandlung, aufgelöst und ein Nebeneinander autonomer Landeskirchen — einer fränkischen, westgotischen, langobardischen —, in denen sich zwar kein „Caesaropapismus“ byzantinischer Art entfaltete, deren

ganze Struktur aber auch durch eine unbestrittene Kirchenhoheit des Königs bestimmt war. Es war ein Partikularkirchentum mit ausgeprägtem Sonderbewußtsein und eigener Liturgie; die fränkische und die westgotische Kirche bildeten geschlossene Verbände, die sich in eigenen Reichskonzilien repräsentieren konnten.

Wer nicht aus Prinzip und unabhängig von historischer Erfahrung von vornherein auf einen

strengen gesamtkirchlichen Zentralismus eingeschworen ist, braucht in diesen Sonderentwicklungen nicht an und für sich schon eine Katastrophe zu sehen, und in der Tat, namentlich die fränkische und die westgotische Landeskirche legten eine beträchtliche Lebenskraft an den Tag, das 6. und teilweise auch das 7. Jahrhundert bedeuten in ihrer Geschichte sogar eine relative Blütezeit. Aber diese Blüte war nicht von Bestand. Für den germanischen oder germanisch überlagerten Westen gilt in diesem Zeitalter die durchgehende Beobachtung, daß sich die römische Prägung verwischte, daß die Fortentwicklung des antiken Erbes von einer Generation zur anderen schwächer wurde. Dies geschah in allen materiellen und geistigen Bereichen, in Staat, Recht und Wirtschaft, in Sprache, Literatur und Kunst, und ebenso im geistlich-kirchlichen Leben. Aber während etwa auf politischem und rechtlichem Gebiet neue Kräfte (germanischer Wurzel) die Nachfolge antraten, fehlten bei den geistigen Werten dazu meist die Voraussetzungen, auch bei der Kirche. Hier drohte einfach die Verkümmern. Von dieser Gefahr waren gerade jene beiden kirchlichen Mächte betroffen, für die Bonifatius wirkte: das Papsttum und die fränkische Landeskirche. Diese Folie läßt die weltgeschichtlichen Konturen seiner Gestalt erst eigentlich sichtbar werden.

Sieger und Unterlegener zugleich

Das römische Papsttum war durch alle diese Wandlungen in die gefährlichste Bedrängnis seiner ganzen Geschichte geraten. Die Gefahr war bedingt durch die eigentümliche politische Situation, die sich seit dem 6. Jahrhundert ergeben hatte. Rom war eine der von den Langobarden umspülten Restpositionen des Imperiums, dessen politischer und geistiger Schwerpunkt sich im übrigen ganz zum Osten verschoben hatte. Somit war auch die römische Kirche im Verbands der zusammengeschmolzenen Reichskirche unter der Herrschaft des Kaisers verblieben. Dadurch war dem Papsttum eine große historische Mission zugefallen, die aber seine Kraft auszuzehren drohte: drei Jahrhunderte lang — wenn auch nicht ohne beträchtliche Atempausen — hatte es einen zermürbenden Abwehrkampf gegen das kaiserliche Staatskirchentum, gegen den Caesaropapismus zu bestehen, blieb dabei aber gänzlich in reichskirchlichem Denken befangen und wahrte den Kaisern gegenüber eine politische Loyalität bis zum äußersten, die in der Rückschau des Historikers fast selbstmörderisch anmutet. In mühsamer Defensive blieb es Sieger und Unterlegener zugleich. Im Grundsätzlichen gelang die Selbstbehauptung: das Prinzip der Freiheit und Autonomie der Kirche gegenüber der Staatsgewalt ward in jenen Auseinandersetzungen — vom Henotikon bis zum Monotheletismus — für den Westen gerettet, und das bedeutete nicht weniger als eine Vorentscheidung über einen Wesenszug der abendländischen Christenheit und Kulturwelt. Aber für diesen Abwehrkampf mußte das Papsttum einen hohen Preis zahlen: es verlor so gut wie jeden Vorrang und Einfluß in der griechischen Welt, griechischer Osten und lateinischer Westen

entfremdeten sich unaufhaltsam in allen über das elementar Dogmatische hinausgehenden Lebensbereichen, in Recht, Kultus und Sitte. Zu Lebzeiten des Bonifatius, seit 730, flammte im sog. Bilderstreit der Gegensatz zu neuer, letzter Heftigkeit auf; und jetzt vollzog der Kaiser Leo III. einen Schnitt, der tödlich wirken sollte: er löste Süditalien und Griechenland aus der kirchlichen Unterstellung unter Rom und belegte obendrein den päpstlichen Güterbesitz mit einer konfiskatorischen Steuer. Damit war die kirchliche Gemeinschaft von Ost und West zwar noch nicht formell aufgehoben, aber sie war zur Theorie verblaßt; faktisch war eine Scheidung eingetreten, das Papsttum war von der — dem Namen nach römischen, tatsächlich aber griechischen — Reichskirche abgeschnürt.

Dies aber war nur die eine Seite des Verhängnisses. Nichts wäre geschichtsfremder als die Vorstellung, die Päpste hätten mit intuitivem Blick das Gebot und die Einmaligkeit der welthistorischen Stunde erfaßt, mit kühnem Schwung das Steuer herumgeworfen und zum Bunde mit der neuen Germanenwelt des Westens gedrängt. In Wirklichkeit kamen sie vom reichskirchlichen Denken nicht los, auch als es anachronistisch geworden war. Die Christianisierung der Germanen war im ganzen — wenn wir von dem Sonderfall der Angelsachsen hier vorläufig absehen — keinesfalls ein Verdienst des Papsttums, sie war nur unter geringer Beteiligung Roms vor sich gegangen. Mit dem Erlöschen der Reichskirche im Westen war auch in diesem Teil der Christenheit die aktive Führungsrolle Roms zu Ende gegangen, es stand den germanisch beherrschten Landeskirchen als fremdes, reichskirchliches Re-

liktgebilde gegenüber. Aus dem Osten abgedrängt, mit dem Westen nur noch in loser Fühlung, war das Papsttum in ernstlicher Gefahr, als mittelitalischer Rumpfpatriarchat zu verkümmern.

Der stärkste Block des romanisch-germanischen Westens — dem ein völliger kirchlicher Auseinanderfall drohte — war die fränkische Landeskirche. Auch sie befand sich in einer tödlich scheinenden Krise, die sich freilich mit dem allgemeinen Schlagwort „Verfall“ nur sehr unbestimmt charakterisieren läßt. Auch mit einer „Entchristlichung“ im neuzeitlich-modernen Sinne haben diese Erscheinungen nicht viel zu tun. Die Franken, die Alamannen, die Baiern fühlten sich in einer geradezu massiven Bewußtheit als Christen; ein naiver, aber ehrlicher Heiligenkult, eine nie ganz abreißende Reihe von Klostergründungen legen Zeugnis ab von einer elementaren, handfesten Frömmigkeit. Aber es war doch eine noch recht primitive Religiosität, die in ungeordnetem Wildwuchs zu ersticken drohte, der es vor allem noch an sittlicher Vertiefung fehlte, — das christliche Sittengebot war nicht der Ansatzpunkt der Germanenbekehrung gewesen! Diesem noch jungen, in Glaube und Sitte unsicheren Christentum tat die Prägung und Festigung durch die Amtskirche not, aber eben dieser entscheidende innere Halt ging verloren, indem das antik-römische Erbe verkümmerte. Privatrechtliche Gewohnheiten und Vorstellungen überlagerten den kanonischen Amtsgedanken. Die Geltung der Merowingerdynastie war so tief gesunken, daß es ein Königtum als sakrale Spitze der Landeskirche faktisch nicht mehr gab; in den politischen Wirren waren die Bistümer und Klöster zu Machtobjekten, zu politischer Beute, zu privatem Besitz der Adelsgeschlechter geworden, die im Gefolge der karolingischen Hausmaier emporgestiegen waren. Die verantwortungsschweren kirchlichen Würden kamen an unrechte, an sehr ungeistliche Inhaber: die Amtsführung erlahmte. Die Metropolitanorganisation der Kirchenprovinzen, die Rechtsgewohnheit der Synoden geriet in Vergessenheit — von einem universalkirchlichen Bewußtsein ganz zu schweigen —, ja die Diözesenanordnung verfiel, und mit ihr die Ausbildung der Geistlichen, die geregelte Seelsorge. Inmitten der Unwissenheit, der Roheit, der Zuchtlosigkeit überwucherten abergläubisch-heidnische Bräuche den christlichen Kern. Unter Karl Martell, also in den beiden Jahrzehnten 720–740, stehen die Macht des fränkischen Adels und die Desorganisation der fränkischen Landeskirche in voller „Blüte“.

Geschichtlicher Tiefpunkt

Gewiß, wir dürfen all diesen düsteren Zügen nicht voreilig eine eschatologische Note beilegen. So wie bei den Völkern des Frankenreiches die christliche Substanz noch ungebrochen war, so waren auch noch wesentliche Voraussetzungen geblieben, an die eine Wiederbelebung des Universalkirchentums im Westen anknüpfen konnte. Die Landeskirchen waren in den Völkerwanderungsstaaten historisch-organisch gewachsen,

aber irgend ein bewußtes Prinzip der „Romfreiheit“, der „Ausschaltung“ päpstlicher „Eingemischungen“ hatte es dabei nicht gegeben. Im Gegenteil, alles Partikularkirchentum ruhte auf der breiten Basis einer immer noch wirkmächtigen, lateinisch-römisch geprägten Gemeinsamkeit aus der christlichen Spätantike, in Glauben, Kultus, Verfassung, im Recht der Kanones und Dekretalen, Rom selber war als die Stätte der Apostelgräber, als der Sitz des Papsttums immer noch die ehrwürdigste, die vornehmste Kirche, ja — in einem sozusagen passiven Sinne — ein kirchlicher Vorort des Westens geblieben. Daß Roms Beispiel, Vorbild und Meinung in der Gesamtkirche als etwas Besonderes zu gelten habe, war immerhin eine unvergessene Tradition, die auf keinem grundsätzlichen Widerspruch stieß und einer neuen Belebung durchaus fähig war. Es gab also die Möglichkeit, daß sich aus Romanen- und Germanentum der neue Kulturkreis formte, den wir „Abendland“ heißen, wenn sich im Westen die Kräfte des Alten und des Neuen, römisch-lateinische Geistesüberlieferung und germanische Staatsmacht, durch Christentum und Kirche zusammengeführt, in neuer, abschließender Begegnung zu neuer Einheit zusammenfanden, — unter gleichzeitiger Scheidung vom griechischen Morgenlande. Aber es wäre eine geschichtswidrig-spiritualistische Vorstellung, als hätte die immanente Stoßkraft einer „abendländischen Idee“ eine solche Wendung „von selber“ heraufführen müssen. Es bedurfte der Tat handelnder Menschen, des treibenden Anstoßes von Freund und Feind.

Die Stunde des hl. Bonifatius

Wohin wir auch schauen: die 730er Jahre erweisen sich als ein geschichtlicher Tiefpunkt, für das Papsttum, für die fränkische Kirche, für das europäisch-universalkirchliche Gemeinsamkeitsbewußtsein. Der historische Augenblick sah wahrlich nicht nach der Geburtsstunde einer neuen Weltordnung, des christlich-abendländischen Mittelalters aus. Aber eben in diesem Augenblick schlug die Stunde des hl. Bonifatius!

Es spottet jeder Berechenbarkeit oder gar Gesetzmäßigkeit der Geschichte, daß weder ein Römer noch ein Langobarde noch ein Franke, sondern ein Mönch aus England zum wegweisenden Anreger berufen ward. Kirche und Kultur der Angelsachsen, des politisch damals nicht eben bedeutenden Inselvolkes am Rande Europas, durchbrechen als einzigartige Sondererscheinung das Gesamtbild des Zeitalters. Was es in Britannien an römischer Prägung gegeben hatte — und im Vergleich zu anderen Reichsprovinzen war es ohnehin nicht allzuviel gewesen —, war durch die Völkerwanderung weggewischt worden; hier hatten sich rein germanische Herrschaftsgebiete ohne Berührung mit dem Romanentum geformt, eine Welt also, die wirklich nicht zu einer „abendländischen“ Führungsrolle prädestiniert zu sein schien, zumal sich die einheimische altbritische Kirche der Aufgabe versagte, den verhassten Eroberern das Evangelium zu bringen. Statt dessen faßte — beispiellos in jenen Jahrhunderten — seit 596 eine vom Papsttum eingeleitete römische

Dabei erwiesen sich die Päpste vorerst noch keineswegs als ein aktives Element. Überhaupt verschärfte sich die Krise zunächst noch mehr; neuer Niedergang, neue Verwirrung brachen über die westliche Christenheit herein. Der Arabersturm hatte Nordafrika losgerissen und damit die antike Mittelmeereinheit endgültig zerbrochen. Die islamische Welle überflutete Spanien, begrub das Westgotenreich und brachte den westlichen Eckpfeiler des werdenden Abendlandes zum Einsturz (711). Und noch immer wies nichts darauf hin, daß sich in der eingeeengten, nun auch von außen bedrohten romanisch-germanischen Christenheit der Wille zum Zusammenschluß rege. Im Gegenteil, der politische Gegensatz zwischen dem Papsttum und den Langobarden flammte zu neuer Heftigkeit auf. Der König Liudprand unternahm einen neuerlichen Anlauf, die von seinen Vorgängern seit jeher erstrebte Vereinigung ganz Italiens unter langobardischer Herrschaft zu verwirklichen. Mehrmals rückte er vor Rom, und der Papst Gregor III., mit seinem eigenen Landesherrn — dem Kaiser — hoffnungslos zerfallen, richtete in seiner Bedrängnis einen Hilferuf an Karl Martell, den Hausmaier der Franken (739), — aber das war noch keine zukunftsweisende, epochale Geste (wie es in der Überschau des Historikers scheinen könnte), sondern ein Akt der Verzweiflung, dem auch kein Erfolg beschieden war. Karl Martell ließ sich auf keine ernstliche Hilfsaktion ein; er konnte es nicht, aus innen- und außenpolitischen Gründen, aber er ermaß auch schwerlich die Tragweite der Entscheidung, vor die er damit gestellt war . . .

Mission bei den Angelsachsen Fuß. Die Entwicklung verlief zwar nicht gradlinig: sie wurde in der nächsten Generation vom Nordwesten her ergänzt und durchkreuzt von einer iroschottischen Mission, die zugleich all die rechtlichen, rituellen und disziplinären Besonderheiten keltischen Kirchentums nach England brachte. Aber die römische Formung behauptete sich, ja sie setzte sich seit dem Religionsgespräch von Whitby (664) als allein gültig durch. Unter der Ägide des aus Kleinasien stammenden, vom Papste entsandten Erzbischofs Theodor von Canterbury († 690) entstand hier auf christlichem Neuland ein ganz neuartiges Gebilde: auch eine Landeskirche, aber eine Missionskirche römischer Observanz. Die Angelsachsen wuchsen nicht wie die Franken, die Westgoten, die Langobarden in eine schon bestehende Provinzialkirche eigener Tradition hinein, statt einer neuen Partikularkirche blühte bei ihnen eine romverbundene Landeskirche auf. Sie wurde nicht etwa — im hochmittelalterlichen oder neuzeitlichen Sinne — von Rom aus regiert, aber sie wurde beherrscht, durchtränkt vom Pathos der Katholizität, der universalkirchlichen Idee. Die Angelsachsen richteten sich in Recht, Liturgie und Sitte bewußt nach der römischen Norm, sie bauten ein starkes kanonisches Verfassungsgerüst nach den Grundsätzen des kirchlichen Amtsrechtes auf, als eifrige Verehrer St. Peters pilgerten sie in Scharen zu den Heiligtümern der Ewigen Stadt, ihr Land überzog sich mit Klöstern, in denen manches auch

aus der iroschottischen Tradition fortwirken konnte, wo man aber streng die Benediktinerregel befolgte und zugleich begeistert die lateinisch-christliche Bildung pflegte: in den Jahrzehnten des Dichters Aldhelm († 709) und des Geschichtsschreibers Beda († 735) steht die jüngste Landeskirche der Christenheit im „Goldenen Zeitalter“ ihrer Geschichte.

Schon begannen ihre geistigen Energien auch auf das Festland auszustrahlen. Das irische Ideal der *peregrinatio*, der asketischen Heimatlosigkeit, ward einem festen Ziel untergeordnet: der Predigt des Evangeliums bei den stammverwandten Germanenvölkern. So wurde Willibrord seit 690 der Apostel Frieslands, und als Friesenmissionar im Dienste Willibrords begann auch Winfrid-Bonifatius, bis er rechts des Rheines sein eigenes Missionsfeld fand und von hier aus in seine eigentliche Lebensaufgabe hineinwuchs: das angelsächsische Ideal der romverbundenen Landeskirche ins Frankenreich zu verpflanzen! Zum ersten Male winkte ihm der Erfolg nach jahrelangen Enttäuschungen im Jahre 739; als ihm der Herzog Odilo seine Macht zur Aufrichtung eines

kanonischen Episkopalsystems im Stamme der Baiern lieb, und dann führte die Aufgeschlossenheit der neuen Karolingergeneration 741 die große Wende herauf.

Jetzt erst, als Bonifatius schon nahezu ein Siebziger war, kam die Zeit des stürmischen Voranschreitens auf dem Wege der Reform. Jetzt endlich konnte er für Hessen, für Thüringen nördlich des Gebirges, für Mainfranken, für den bayerischen Nordgau links der Donau Bistümer errichten und sie mit angelsächsischen Gefährten besetzen; es tagten die großen Reformsynoden der Jahre 743–745; er leitete den Wiederaufbau eines nordgallischen Metropolitansystems in Anlehnung an die spätrömischen Provinzen ein, und schon wurden beim Papste die Pallien für die neuen Erzbischöfe erbeten; Bonifatius schickte sich gar an, selber an die Spitze einer germanischen Kirchenprovinz mit dem Vorort Köln zu treten, er gründete sein Lieblingskloster Fulda, den Brennpunkt frommen und bildungseifrigen Benediktinertums in einem eben erst zu höherem Geistesleben erwachten Lande...

konnten. Die erneuerte Diözesanverfassung mit den wieder ausgeübten Aufsichtsrechten und -pflichten des Bischofs sollte dem ganzen Reformprogramm Grundlage und innerer Halt werden, denn der Kern war eben die Rettung des Amtsprinzips in der Kirche (das in diesem geschichtlichen Augenblick wahrhaftig zu keiner „Geistkirche“ im Kontrast stand); und alles Mühen und Streben erfüllte sich, fand seine Krönung in einer neuen Belebung des an Rom orientierten universalkirchlichen Bewußtseins und Zusammenhalts.

In der Praxis des Alltags ergibt das alles kein hinreißendes Bild wie die Szenen von Geismar und Dokkum, sondern einen zermürbenden, unsäglich mühsamen Kleinkrieg gegen offene und versteckte Widerstände auf allen Seiten, mit Sorgen, die sogar einen Zug ins Kleinliche annehmen konnten. Um bei der Ordnung des Kirchentums die römisch-kanonische Norm zu erfragen, berichtete Bonifatius in ängstlicher Gewissenhaftigkeit über alles und jedes nach Rom und bat um verbindliche Weisung über die gültige Tradition, und nichts war ihm dabei zu geringfügig, nicht einmal die Frage, wie es mit dem Genuß von Speck zu halten sei. Dies sind die Züge, die noch jeden Forscher bei der Lektüre der Bonifatiusbriefe befremdet und ernüchert haben, die so schwunglos wirken, aber einem historisch geschärften Blick enthüllt sich unschwer, daß gerade diese scheinbar gänzlich uninteressanten Elemente in den bonifatianischen Quellen die geschichtlich entscheidende Leistung des Bonifatius verraten, sie zeugen von einer selbstverleugnenden Hingabe im Kampf gegen menschliche Unzulänglichkeit und für die universalkirchliche Idee.

Mühsamer Kleinkrieg gegen Widerstände von allen Seiten

Diese Ereignisse im einzelnen darzustellen, ist Sache der einschlägigen Bücher. Zur Aufgabe unserer Gesamtschau gehört aber der Versuch, auf die verschiedenartigen Aspekte dieses Geschehens und auf seine geschichtliche Tragweite den Blick zu lenken.

Als Grundthema, als Gesamtnenner ist dabei zu unterstreichen: hier handelt es sich um eine neue Welle der Verchristlichung der germanischen Welt über die elementare Christianisierung hinaus. Daß sich das christliche Verantwortungsbewußtsein vertiefte, ist schon erkennbar an der lebendigeren religiösen Ansprechbarkeit der neuen Hausmaier Karlmann und Pippin, aber der ganze Impuls ist auch zu sehen als Teilerscheinung einer in Stößen verlaufenden großen Bewegung, die immer wieder von monastischen Kräften getragen wird: von den Iroschotten im 7., den Angelsachsen im 8., von Aniane im 9., von Cluny und Corze im 10./11., von Citeaux und Prémontré im 12., von den Bettelorden im 13. Jahrhundert... Im konkreten Detail betrachtet, war es ein mühseliges Ringen um die Reinigung eines rudimentären, unsicheren Glaubenslebens, um die Überwindung heidnischer Bräuche und Vorstellungen (deren primitiv-abergläubische Roheit es längst nicht immer verdient, durch die Brille folkloristischer Sentimentalität gesehen zu werden). Es war die Sorge um richtiges Verständnis der Liturgie und um rituelle Korrektheit, namentlich in der Verwaltung und Spendung der Sakramente, wozu auch die Sicherung wenigstens einer bescheidenen Bildungsgrundlage gehörte, — wir erfahren von einem Priester, dessen Lateinkenntnisse schon an der Taufformel Schiffbruch litten. Es war ein Kampf um die Durchsetzung der christlichen Sittengebote, wobei — wie in der Missionsgeschichte auch sonst — die Auffassung von der Ehe und die Anfänge eines Eherechtes eine bedeutende Rolle spielten. Es ging um eine stetige Linie in der Bußdisziplin, um die Wieder-

herstellung kirchlicher Zucht in dem verwilderten und verweltlichten Klerus, dem die jagd- und waffenfrohen adligen Bischöfe nicht eben das beste Beispiel gaben. Es galt, bei den Geistlichen dem Zölibat, in den Klöstern der Benediktinerregel Geltung zu verschaffen, es galt aber auch, das in gefährlichem Ausmaße entfremdete Kirchenvermögen wenigstens soweit zu sichern, daß die kirchlichen Institute ihre Aufgaben erfüllen

Stoß und Gegenstoß

Kirchenpolitisch entbehrte das Werk jedes revolutionären Zuges: wie für seine Zeitgenossen überhaupt, so lag auch für Bonifatius eine Sprengung des landeskirchlichen Systems außerhalb des Vorstellungsbereiches, sein Ziel war die Verbindung der fränkischen Landeskirche mit Rom. Dagegen haben alle diese Vorgänge eine hohe Bedeutung für die staatspolitische Aktivität, und damit wird erst eigentlich sichtbar, um ein wie komplexes Geschehen es sich hier handelt. Der karolingische Prinzipat bestand jetzt schon in der dritten Generation und war mittlerweile soweit gefestigt, daß die Söhne Karl Martells, Karlmann und Pippin der Jüngere, gegenüber dem Adel und dem Episkopat energischer auftreten konnten, auf kirchlicher sowohl wie auf politischer Ebene: sie wagten es, mit Energie die Reform ihrer verrotteten Landeskirche zu fördern, sie wagten es jedoch auch, behutsam aber stetig auf eine Umwandlung ihrer rein faktischen Herrschaft in eine Monarchie, auf eine Erneuerung des Königtums unter Beseitigung der kraftlos gewordenen Merowingerdynastie hinzuwirken. Beide Aktionen richteten sich gegen die fränkische Aristokratie, in beiden aber waren auch Bonifatius und das Papsttum die natürlichen Verbündeten der Karolingerfürsten: nicht dem Reformwerk allein, auch der Erhöhung des Hausmaiertums zu einem Königtum im Vollsinn sakraler Würde und Legitimität konnte und sollte

die moralische Autorität des Nachfolgers Petri zu Hilfe kommen.

In dieser Verquickung kirchlicher und staatlicher Probleme hinwiederum liegt der tiefste Grund dafür, daß das bonifatianische Werk sich nicht stetig entfalten konnte, sondern, von Stoß und Gegenstoß bestimmt, rasch in eine Krise geriet. Bonifatius konnte nicht im Bewußtsein des Sieges und Erfolges seine irdischen Tage beschließen. Nach einem Jahrfünft schon wurde der Widerstand des reformfeindlichen Adels so gefährlich, daß Pippin — seit 747 Alleinherrscher — es für geraten fand, die Pflöcke zurückzustecken: die Erneuerung der Kirchenprovinzen blieb unausgeführt, und auch Bonifatius selber wurde nicht Kölner Metropolit, sondern Bischof von Mainz und war nach wie vor nur persönlicher Missionserzbischof. Ja Pippin schob den unbehaglichen Eiferer in den Hintergrund, Bonifatius konnte keine Reformsynoden mehr halten, er erschien kaum noch am Karolingerhofe, er und seine Angelsachsen waren so gut wie ausgeschaltet. Das bittere Gefühl, sein Werk unvollendet hinterlassen zu müssen, der Widersacher nicht Herr geworden zu sein, umdüsterte seinen Lebensabend.

Trotzdem, — mag Bonifatius für seine Person gescheitert oder doch auf halbem Wege stecken geblieben sein, vor der Geschichte steht er als

der Sieger da! Er hatte der fränkischen Kirche einen neuen Geist eingehaucht, der Gedanke der kanonischen Reform, der universalkirchlichen Verpflichtung hatte Wurzel geschlagen. Was Bonifatius als kränkende Verdrängung, als entmutigende Lahmlegung empfand, das bedeutete zum guten Teil einfachhin, daß die Franken sich der angelsächsischen Führung entwandten, aber

eine einheimisch-fränkische Elite schritt unter der Obhut des Karolingers auf den Bahnen voran, die Bonifatius gewiesen. Und nicht nur das! Noch zu seinen Lebzeiten vollendete sich der entscheidende Durchbruch zu jener neuen, der mittelalterlich-abendländischen Ordnung, die ein Jahrzehnt zuvor noch in unerreichbar weiter Ferne zu liegen schien.

Langobarden, ihre Eroberungen herauszugeben, und aus diesen Gebieten formte Pippin durch eine Schenkung an den hl. Petrus den Grundstock eines für das abendländische Mittelalter charakteristischen Gebildes: des Kirchenstaates. Das dritte Geschehnis aus dem Jahre 754 ergreift uns menschlich am stärksten und ist am nachhaltigsten ins Geschichtsbewußtsein eingegangen — der blutige Tod des hl. Bonifatius am Rande der christlichen Kulturwelt —, aber es hat doch, zeitgeschichtlich gesehen, an sich keinerlei mit den anderen Ereignissen vergleichbare einschneidende Bedeutung. Freilich ist es ein für immer denkwürdiges Datum, denn damit vollendete sich der Lebensweg des Mannes, der die große geschichtliche Wende heraufgeführt hatte. Was sich dergestalt um die Mitte des 8. Jahrhunderts zutrug, erweist sich in der Rück- und Überschau des Historikers als die endgültige Überwindung jener säkularen Krisis, die mit der Auflösung der antiken Mittelmeereinheit aufgebrochen war, als die Grundlegung einer neuen, dem griechischen Osten selbständig gegenüberstehenden kirchlich-kulturellen Einheit auf lateinisch-germanischer Basis. Pippin schritt auf dem gebahnten Wege voran, und durch Karl den Großen fand das, was Bonifatius erstrebt, wenigstens auf wichtigen Teilgebieten einen vorläufigen Abschluß.

Dies also ist des hl. Bonifatius Stellung und Sendung in unserer, in der europäischen Geschichte, eine Sendung, an der die elementare Heidenbekehrung nur einen vorbereitenden, begrenzten Anteil hat. Vieles an überzeitlichen, übergeschichtlichen Werten ist in ihm verkörpert, er bleibt, losgelöst von aller historischen Bedingtheit, ein Vorbild, eine verehrungswürdige Gestalt. Freilich dürfen wir nicht alle Züge an ihm in eine zu unmittelbare Beziehung zu den späteren Zeiten und gar zu unserer Gegenwart setzen, gehört er doch einer bestimmten geschichtlichen Stufe an, auf der das Abendland nicht stehenbleiben konnte, aber alle spätere Geschichte und auch unsere Gegenwart zehrt von seinem Erbe, denn er war ein bahnbrechender Mitbegründer unseres Kulturkreises.

Die Geburtsstunde der mittelalterlichen Weltordnung

In der Tat: die Jahre um 750 — als des Bonifatius eigene Aktivität aufs stärkste eingeschränkt war — lassen erst eigentlich die welthistorische Verflechtung seines Werkes in den Werdeprozeß des Mittelalters erkennen. Die gesamte christliche Welt von West bis Ost war in gärender Bewegung, wobei das Geschehen, das an sich zusammenhanglos auf gänzlich getrennten Schauplätzen abrollte, selbst ohne Wissen und Willen der Beteiligten fast zwangsläufig ineinandergriff. Im Oströmisch-Byzantinischen Reich treibt der Bilderstreit dem Höhepunkt entgegen, die griechische Kirche setzt sich in duldsamer Beharrung mit dem caesaropapistischen Machtanspruch des Staatskirchentums auseinander; das römische Papsttum, an die Peripherie der Reichskirche abgedrängt, findet auch jetzt nicht zum Ausgleich mit seinen germanischen Nachbarn, den Langobarden, vielmehr stehen Rom und die anderen Reichsreste auf italischem Boden unter der steten Drohung eines langobardischen Zugriffs; dagegen hat sich der von Bonifatius geschmiedete Bund der Franken mit der römischen Kirche keineswegs durch die „Kaltstellung“ des Mittlers gelockert, vielmehr treten die politische Vormacht des germanischen Westens und die geistlich-kirchliche Spitze des lateinischen Westens jetzt erst wirklich in welthistorische Konjunktur. Die wieder ins Bewußtsein der westlichen Welt gehobene geistliche Autorität des Papstes sanktionierte den Anspruch des Hausmeiers Pippin auf die Würde des fränkischen Königs, eine feierliche Salbung — vielleicht von Bonifatius selber vollzogen — hob das germa-

nische Volks- und Heerkönigtum auf eine höhere sakrale Stufe, umgab es mit kirchlicher Weihe, — die Verschmelzung der geistlichen und weltlichen Sphäre im engen Bunde priesterlicher und königlicher Gewalt war geschichtsmächtige Wirklichkeit geworden, die Geburtsstunde der spezifisch mittelalterlichen Weltordnung hatte geschlagen.

Das war im Jahre 751 geschehen. Im gleichen Jahre erlag die oströmisch-byzantinische Bastion Ravenna dem Sturm der Langobarden, und bald war Rom selber wieder bedroht. Jetzt war die Entscheidung unausweichlich geworden: Ostrom und die Langobarden miteinander verfeindet und hier doch ungewollt zusammenwirkend, drängen, ja zwingen das Papsttum zum endgültigen, offenen Anschluß an das Frankenreich. So ist dann 754 ein Entscheidungsjahr erster Ordnung geworden, berühmt durch drei gleichzeitige Ereignisse, die insofern isoliert nebeneinander stehen, als sie sich nicht etwa in echtem Kausalnexus gegenseitig bedingen, bei denen es aber doch nicht gar zu schwer ist, den tieferen geschichtlichen Zusammenhang zu spüren. Bei diesen Ereignissen handelt es sich im Osten um die große griechische Reichssynode, die auf Geheiß des Kaisers Konstantin V. in Hieria am Bosphorus zusammentrat und der Auftakt zur bösesten Phase des Bilderstreites wurde. Im Westen ist es ein Geschehen von noch weit höherer epochaler Bedeutung: Stephan II. reiste über die Alpen, um den Schutz Pippins gegen die Langobarden zu erwirken; der Papst und der Frankenkönig fanden sich in einem feierlichen Freundschaftsbunde; ein erfolgreicher Feldzug zwang die

JOHN FOSTER DULLES

Das Ziel der amerikanischen Außenpolitik ist Friede

Der amerikanische Außenminister John Foster Dulles nahm am 29. November 1954 in einer umfassenden außenpolitischen Rede zu der gegenwärtigen Weltlage Stellung. Die Rede des Außenministers auf dem Kongreß der 4-H-Klubs, die von allen amerikanischen Rundfunkstationen übertragen wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Vor 10 Tagen habe ich im Weißen Haus die Außenpolitik der USA mit den maßgebenden Kongreßmitgliedern beider Parteien, Republikanern wie auch Demokraten, erörtert. Anschließend sagte der Präsident zu mir, er glaube, es wäre gut, wenn ich darüber auch dem amerikanischen Volke berichten würde.

Es ist nicht einfach, das ganze Thema in eine kurze Rede zusammenzufassen. Aber ich werde mein Bestes versuchen.

Lassen Sie mich damit beginnen, das Ziel der amerikanischen Außenpolitik herauszustellen. Es besteht darin, Ihnen und mir sowie unseren Kindern die Möglichkeit zu verschaffen, sich in Frieden den Segnungen der Freiheit zu erfreuen. Dieses Ziel steht über allem was wir unternehmen.

Diese Aufgabe ist nicht einfach, denn der internationale Kommunismus bedroht Frieden und Freiheit mit vielen Mitteln und an zahlreichen Orten.

Koexistenz

Eine allgegenwärtige Gefahr besteht darin, daß wir uns dazu verleiten lassen, unseren Schutz aufzugeben, bevor die Gefahr wirklich vorbei ist. Die internationalen Kommunisten sind Meister des Tricks, Worte zu verwenden, die für sie eine ganz bestimmte Sache und für uns etwas ganz anderes bedeuten.

Es dauerte lange, bis wir lernten, daß das Wort ‚Demokratie‘ für die Kommunisten eine Diktatur bedeutet, die sie ‚die Diktatur des Proletariats‘ nennen. Es dauerte eine gewisse Zeit, bis wir lernten, daß das Wort ‚Frieden‘ für die internationalen Kommunisten ‚Konformität‘ bedeutet — eine Gleichschaltung, bei der das Verhalten von Moskau vorgeschrieben wird.

Das heikle Wort heißt heute ‚Koexistenz‘. Für uns bedeutet es Nachsicht gegenüber anderen Auffassungen. Man muß abwarten, was es für die internationalen Kommunisten bedeutet. Es stimmt, daß die sowjetischen Kommunisten in der letzten Zeit in einer sanfteren Tonart geredet haben. Aber es entspricht ebenso den Tatsachen, daß die rotchinesischen Kommunisten in ihren Worten und Taten eine immer größere Ge-

walttätigkeit an den Tag legten. Sie haben die elementaren Grundsätze der internationalen Gefügigkeiten verletzt.

Vielleicht versucht der internationale Kommunismus die freien Nationen durch neue Mittel und Wege zu spalten. Die Kommunisten versuchen, in Europa Öl auf die Wogen zu gießen, während sie in Asien provokatorische Handlungen begehen.

Die USA werden antworten. Sie werden scharf reagieren, ohne sich jedoch dabei zu einer Maßnahme provozieren zu lassen, die eine Verletzung der von den USA eingegangenen internationalen Verpflichtungen ziehen würde. Was geschehen ist, stellt für uns und für alle, die den Frieden wollen, einen Ansporn dar, Mittel und Wege zu finden, die mit dem Frieden vereinbar sind und die das Völkerrecht bekräftigen.

Wir haben uns auf Grund der Charta der Vereinten Nationen damit einverstanden erklärt, internationale Gegensätze auf friedlichem Wege in solcher Weise beizulegen, daß der Weltfriede nicht gefährdet wird. Daher besteht unsere erste Pflicht vielmehr darin, alle friedlichen Mittel auszuschöpfen, damit die internationalen Rechte der USA und jene ihrer Bürger gewahrt bleiben.

Verteidigung der USA gegen einen bewaffneten Angriff

Es gibt Menschen in den USA — und noch mehr in anderen Ländern — die behaupten, daß es unrecht ist, bereit und in der Lage zu sein, zu kämpfen. Sie sagen, daß die wahrhaft Friedliebenden unbewaffnet und neutral sein sollten.

Wir haben das versucht, aber es ist nicht gegangen.

Wir waren im Jahre 1914 unbewaffnet und neutral, als der erste Weltkrieg ausbrach. Die Angreifer glaubten, daß sie mit uns nicht zu rechnen brauchten.

Wir waren im Jahre 1939 unbewaffnet und neutral, als der zweite Weltkrieg ausbrach. Und wieder glaubten die Angreifer, nicht mit uns zu rechnen zu brauchen.

Der Koreakrieg kam, als wir weitgehend abgerüstet und unsere Truppen aus Korea zurück-

als darin, jetzt zu kriegerischen Handlungen in Form einer Luft- und Seeblockade gegen Rotchina überzugehen.

Natürlich trachten wir immer wieder danach, Anzeichen einer wirklichen Änderung in der Haltung des internationalen Kommunismus zu entdecken. Hoffentlich wird der Tag einmal kommen, wo er seine Bemühungen einstellen wird, die Welt durch Gewalt, Einschüchterung und Betrug zu beherrschen. Diesen Tag werden wir, sollte er einmal anbrechen, lebhaft begrüßen. Aber wir wollen sicher sein, daß wir hierbei keinen Fehler begehen und eine falsche Morgendämmerung für die richtige angesehen. Es existiert noch immer ein ungeheures sowjetisches Militärpotential, das irgendwelche defensive Notwendigkeit bei weitem übersteigt. Die rotchinesischen Kommunisten sind noch immer aggressiv eingestellt. Und es gibt noch immer in jedem freien Land einen kommunistischen Apparat, der die bestehende Ordnung niederzureißen sucht.

Daher müssen wir wachsam bleiben. Wir müssen eine Politik betreiben, und wir betreiben sie auch, um sowohl dem militärischen wie dem subversiven Risiko begegnen zu können.

gezogen hatten, und die Aggressoren dachten, daß ihnen kein Widerstand entgegengestellt würde.

Heute sind wir anderer Ansicht. Wir sind überzeugt, daß der größte Beitrag, den wir zum Frieden leisten können, die Bereitschaft ist, zu kämpfen, wenn es sein muß, sowie die Hilfsmittel und die Verbündeten zu besitzen, die sicherstellen, daß ein Aggressor unbedingt besiegt wird. Das bedeutet keineswegs, daß wir roh oder herausfordernd oder militaristisch sind. Es bedeutet, daß wir den Frieden nicht nur mit dem Herzen sondern auch mit dem Verstand suchen.

In diesem Geiste treffen wir militärische Vorbereitungen, die, wie wir überzeugt sind, vor einem Krieg abschrecken werden. Dies erfordert grundsätzlich, daß ein möglicher Aggressor nicht glauben darf, eine Aggression macht sich bezahlt. Er muß wissen, daß er die Vereinigten Staaten

nicht durch einen plötzlichen Angriff vernichten kann und daß wir in der Lage sind, zurückzuschlagen.

Aus diesem Grund bauen wir die kontinentale Verteidigung in einer wesentlichen Richtung aus. Sie wird aus einem ausgebauten Vorwarnungsnetz und aus Kampfflugzeugen bestehen, die nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen ausgestattet sind. Diese Einrichtungen sollten es uns ermöglichen, einen sehr hohen Prozentsatz etwaiger roter Bomber, die sich auf einem feindlichen Auftrag gegen die Vereinigten Staaten befinden, abzuschießen.

Dann haben wir unser strategisches Luftkommando, das in der Lage ist, Gegenschläge gegen die lebenswichtigen Teile der Sowjetunion zu führen. Diese Schläge würden nach unserer Rechnung weit mehr Schaden anrichten, als die roten Flugzeuge den USA zufügen könnten.

Schutz anderer Länder gegen einen bewaffneten Angriff

Natürlich könnten wir derartige Beziehungen zu anderen Ländern nicht haben, wenn wir nur an uns dächten. Diese Beziehungen müssen vielmehr dem gemeinsamen Interesse dienen. Das heißt, die gemeinsame Verteidigung umfaßt viele Gebiete außerhalb der Vereinigten Staaten.

Von besonderer Bedeutung hierbei ist, daß die Weltmeere von freien und befreundeten Nationen beherrscht werden. Dafür haben wir durch eine Reihe von Sicherheitsabkommen gesorgt: für das atlantische Gebiet ist dies durch den Nordatlantikpakt geschehen; für das pazifische Gebiet bestehen einige Abkommen, die sich zum Teil noch im Stadium der Entwicklung befinden und sich auf Japan, die Republik Korea, die Riukius (Okinawa), Formosa, die Philippinen, Australien und Neu-Seeland sowie Teile Südasiens beziehen.

Zur konkreten Untermauerung dieser schriftlichen Verträge stehen die örtlichen Streitkräfte zur Verfügung. In einigen Fällen sind diese örtlichen Streitkräfte, die man für notwendig erachtet, größer als die jeweiligen nationalen Regierungen sie unterhalten können. In diesen Fällen helfen wir aus. Dabei handelt es sich jedoch nicht um ‚Almosen‘. Es ist vielmehr die sogenannte ‚Auslandshilfe‘ — eine Bezeichnung, die mir nicht gefällt. Die korrekte und bessere Bezeichnung ist ‚gegenseitige Sicherheit‘.

Westeuropa, mit seiner gewaltigen Industriemacht, ist ein Preis erster Ordnung für jeden, der die Weltherrschaft anstrebt. Es bedarf daher eines besonderen Schutzes, den es durch die NATO erhält. Die NATO aber braucht in ihrem Kern auf dem Kontinent einen engeren Zusammenschluß unter Beteiligung Deutschlands. Dies war das Ziel der historischen Abkommen, die vorigen Monat in London und Paris abgeschlossen wurden. Diese Abkommen sollen den ständigen Kriegen der europäischen Völker untereinander ein Ende setzen und gleichzeitig Westeuropa eine wirksame Verteidigung gewährleisten. Die Aussichten auf ein geeintes Europa werden durch die jüngst von Italien und Jugoslawien getroffene Regelung der Triester Frage und die bevorste-

Sie werden vielleicht fragen, was denn die Außenpolitik damit zu tun hat. Darauf antworte ich Ihnen: alles. Unser kontinentales Verteidigungssystem hängt von Kanada ab. Und die freien Nationen können keine wirksamen Vergeltungsmaßnahmen zur Abwehr etwaiger Aggressionen ergreifen, wenn sie nicht über ein weitgespanntes Netz von Flugplätzen verfügen.

Daher ist es ein wesentlicher Bestandteil unserer Außenpolitik, freundschaftliche Beziehungen zu anderen Ländern zu pflegen, so daß wir mit ihnen für unsere gemeinsame Verteidigung zusammenarbeiten können.

Und ich kann Ihnen sagen, daß wir solche freundschaftliche Beziehungen haben und daß es daher jeder Nation teuer zu stehen kommen dürfte, die Vereinigten Staaten anzugreifen.

hende Regelung der Saarfrage durch Frankreich und Deutschland gestärkt.

Zu den nationalen Verteidigungskräften der Mitgliedstaaten kommen noch die Luft- und Seestreitkräfte hinzu. Diese beweglichen Kräfte sind zur Abwehr etwaiger Angriffe notwendig, da es für einen Angreifer sehr vorteilhaft wäre, wenn er ein einzelnes, bestimmtes Gebiet angreifen könnte ohne mit Vergeltungsmaßnahmen rechnen zu müssen. Wir müssen in der Lage sein, zu jeder Zeit, wo immer wir wollen und mit welchen Mitteln wir wollen, auf etwaige Angriffe zu reagieren.

Dies bedeutet jedoch nicht, daß jede örtliche kriegerische Auseinandersetzung automatisch in einen allgemeinen Krieg umgewandelt wird, in dem sämtliche Länder mit Atombomben bombardiert werden. Die Kernfrage, um die es hierbei geht, ist, daß wir und unsere Verbündeten die Mittel und den Willen haben sollten, dafür zu sorgen, daß ein etwaiger Angreifer durch seine

Maßnahmen gegen subversive Tätigkeit

Lassen Sie mich nunmehr die durch subversive Tätigkeit drohende Gefahr behandeln. Diese Gefahr ist groß. Der internationale Kommunismus hat große Erfahrung darin, politische unsichere Verhältnisse für sich auszunützen. Diese Erfolge sind nicht nur an der Zahl der tatsächlich von den Kommunisten übernommenen Regierungen zu messen — die bereits nahezu die Zahl 20 erreicht haben — sondern auch an der Spaltungs- und Obstruktionspolitik, die die Kommunisten innerhalb der freien Welt betreiben.

Was uns in diesem Zusammenhang an erster Stelle interessiert, ist die Lage in den amerikanischen Republiken. Den lateinamerikanischen Ländern droht weniger ein offener bewaffneter Angriff, sie sind aber eine schwache Stelle hinsichtlich subversiver Tätigkeit der Kommunisten. Diese Frage haben wir auf der im März dieses Jahres in Caracas abgehaltenen panamerikanischen Konferenz behandelt. Dort wurde eine Erklärung des Inhalts angenommen, daß es eine Gefahr für den Frieden und die Sicherheit aller

Aggression mehr verliert, als er gewinnen könnte. Dies bedeutet wiederum nicht, daß der Aggressor vollständig vernichtet wird. Es bedeutet aber, daß wir in der Lage sind, ihm als Vergeltungsmaßnahmen Schaden zuzufügen. Wir sind der Ansicht, daß wir und unsere Verbündeten über die hierzu erforderliche Macht verfügen. Und wir sind ebenfalls der Ansicht, daß ein bewaffneter Angriff auf die durch unsere Sicherheitsabkommen erfaßten Gebiete sehr unwahrscheinlich ist, solange wir über diese Macht verfügen.

Es gibt einige Gebiete in der Welt, die nicht durch besondere kollektive Sicherheitsabkommen geschützt sind. Dies trifft insbesondere für einige Teile Asiens zu.

Allerdings sind bereits Entwicklungen im Gange, auch für diese Gebiete ein kollektives Sicherheitssystem zu errichten. So sind zum Beispiel die Türkei und Pakistan dabei, im Norden einen Verteidigungsgürtel zu schaffen, damit die reichen Ölfelder des Nahen Ostens nicht eine leichte Beute der Sowjetunion werden. Die kürzliche Befreiung Persiens von dem Zugriff durch die kommunistische Tudeh-Partei, die anschließende Beilegung des Ölkonflikts und der Kontroverse um den Suez-Kanal, all dies eröffnet neue Möglichkeiten zur Stärkung und Festigung auch dieses Teiles der Welt.

In jedem Falle bieten auch die Vereinten Nationen einen mächtigen Schutz gegen eine offene Aggression. Dies ist nicht von nebensächlicher Bedeutung — wie der Fall Korea bewiesen hat. Und es ist unsere Politik, die Vereinten Nationen tatkräftig zu unterstützen.

Diese von mir hier umrissenen Maßnahmen bieten den freien Nationen weitgehend Schutz gegen die Gefahr eines bewaffneten Angriffs.

Die Völker der Erde scheinen dies zu spüren. Daher herrscht auch allgemein das Gefühl vor, daß die Gefahr eines Weltkrieges heute geringer ist, als dies vor einigen Jahren der Fall war.

amerikanischen Nationen darstellen würde, wenn es dem internationalen Kommunismus gelingen sollte, in einem dieser Staaten die politische Macht an sich zu reißen.

Es war dies eine bedeutsame Erklärung. Sie dürfte den Forderungen unserer Zeit vielleicht ebenso dienlich sein, wie die Monroe-Doktrin den Bedürfnissen unseres Landes im vergangenen Jahrhundert gedient hat. Durch diese Erklärung wurde eindeutig klargestellt, daß eine gemeinsame Aktion zur Ausmerzung des internationalen Kommunismus nicht ein Akt der Intervention ist, sondern vielmehr ein Akt zur Unterbindung jeglicher Interventionen.

Der in dieser Caracas-Erklärung niedergelegte Grundsatz war insbesondere für die Lage in Guatemala von Bedeutung. Dort hatte der internationale Kommunismus tatsächlich die Regierungsgewalt an sich gerissen. Die amerikanischen Staaten waren eben im Begriff, zur Beratung über diese von hier drohende Gefahr zusammenzutre-

ten, als das Volk von Guatemala selbst die loyalen Kreise unterstützte, die das Krebsgeschwür des Kommunismus aus dem Staatskörper entfernten. Der von den Kommunisten gelenkte Präsident von Guatemala hat schmachlich die Flucht ergriffen, während der Führer der Befreiungsbewegung heute Präsident von Guatemala ist.

Jene Deklaration von Caracas und die Demonstration, daß die amerikanischen Staaten diese ernst nehmen, schützen unsere Hemisphäre im weiten Umfang vor einer kommunistischen Unterwühlung. Die Kommunisten wissen, daß sie die anderen amerikanischen Länder als ihre Gegner erwarten müssen, wenn sie die politischen Institutionen eines amerikanischen Landes unter ihre Kontrolle bekommen sollten. Daher besteht ein geringerer Ansporn für sie, nach Herrschaft zu streben, als dies bisher der Fall gewesen ist.

Darüber hinaus trachten die amerikanischen Staaten danach, bessere wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen. Gegenwärtig findet in Rio de Janeiro eine Wirtschaftskonferenz statt, wir glauben und hoffen, daß diese Konferenz den Boden für gesunde Maßnahmen bereiten wird, um die Nationalwirtschaften zu fördern und den Lebensstandard zu erhöhen. Dies würde der von Präsident Eisenhower verkündeten 'Politik der guten Partnerschaft' eine praktische Bedeutung verleihen.

In Asien und Afrika sind die Gefahren einer kommunistischen Unterwühlung groß. In diesen Kontinenten gibt es Länder, die keine Selbstregierung besitzen, wo zahlreiche politische Institutionen noch nicht festen Fuß gefaßt haben, die

Wirtschaftspolitik

Es besteht ferner die Notwendigkeit für eine Wirtschaftspolitik, die die Erschließung aller wirtschaftlich rückständigen Länder unterstützt. In den kommunistischen Ländern werden Erschließungsaufgaben durch ein System der Zwangsarbeit gelöst, das der Sklaverei gleichkommt. Der Lebensstandard wird sehr niedrig gehalten und die Bevölkerung wird zu sehr schwerer Arbeit gezwungen. Auf diese Weise wird die Schwerindustrie aufgebaut.

Dieses System ist grausam und dient in erster Linie Kriegszwecken. Es hat jedoch für die Völker der wirtschaftlich rückständigen Länder einen gewissen Reiz, die der Ansicht sind, daß ihre eigenen Volkswirtschaften still stehen.

In einer freien Gemeinschaft ist es das Normale, daß die fortgeschrittenen Staaten den wirtschaftlich rückständigen Ländern Geld leihen. Unsere Vereinigten Staaten wurden in ihren ersten Anfängen zum Teil mit europäischem Kapital erschlossen. Heute verfügen die Vereinigten Staaten über das meiste Kapital, um anderen Ländern bei ihrer Erschließung helfen zu können. Wir müssen einen Weg finden, um dieses Kapital arbeiten zu lassen. Dies ist ein vernünftiges Geschäftsgebahren, denn die gewährten Anleihen machen sich gewöhnlich bezahlt und die Erfahrung zeigt, daß wir alle von einer Umgebung des Wohlstandes profitieren.

Ich möchte in diesem Zusammenhang Präsident Eisenhowers Plan für die friedliche Nutz-

wirtschaftlichen Verhältnisse schwach sind und die Regierungen nicht auf sicheren Füßen stehen. Die Lage in Vietnam ist heute besonders gefährdet, und in Nordafrika ist die Situation ebenfalls unruhig.

Einige der asiatischen Nationen, die kürzlich ihre nationale Unabhängigkeit erhalten haben, brauchen Hilfe. Sie wollen diese Hilfe jedoch nicht vom Westen annehmen, weil sie fürchten, daß damit eine Wiedergeburt des westlichen Kolonialismus verbunden sein könnte. So sind sie weiterhin einem System des Kommunismus ausgesetzt, das die grausamsten und erbarmungslosesten Kolonialherren der Geschichte hervorbringt.

Es muß klar gemacht werden, daß die asiatischen und westlichen Nationen als gleichberechtigte Partner zusammenarbeiten. Auf der Konferenz von Manjla im September dieses Jahres haben wir einen großen Schritt vorwärts auf diesem Wege getan. Dort haben die westlichen und asiatischen Konferenzteilnehmer über eine 'pazifische Charta' Übereinstimmung erzielt. In dieser Charta kam ihr Wille nach Unabhängigkeit und Selbstregierung für alle Völker in der Welt zum Ausdruck, die in der Lage sind, dieser ihrer Verantwortung nachzukommen.

Das war ein wichtiger Schritt nach vorn, um den Geist des westlichen Kolonialismus zu vertreiben, der noch immer die freien asiatischen Länder erschreckt und der sie dazu bringt, nur zögernd eine hilfreiche Verbindung mit dem Westen einzugehen.

barmachung der Atomenergie erwähnen. Dieser Plan wurde im Dezember vergangenen Jahres vor den Vereinten Nationen verkündet und fand ein gewaltiges Echo. Ich selbst erörterte ihn verschiedentlich mit dem sowjetischen Außenminister Molotow. Die Sowjets lehnten ihn jedoch ab. In diesem Herbst verkündeten wir dann, daß wir mit diesem Plan zusammen mit anderen Ländern und ohne die Sowjetunion voranschreiten würden. Nun scheint es jedoch, daß die Sowjets nun doch noch mitarbeiten wollen.

Mit diesem Eisenhower-Plan erstet unser Volk erneut in seiner historischen Rolle. Wir haben neue Möglichkeiten für das Wohl der Menschen gefunden und stellen unser Wissen in den friedlichen Dienst der gesamten Menschheit.

Es gibt noch einen letzten Aspekt unserer Politik, auf den ich zu sprechen kommen möchte. Wir sind der Überzeugung, wie Abraham Lincoln sagte, daß unsere Unabhängigkeitserklärung 'Freiheit nicht nur für das Volk dieses Landes, sondern auch für alle künftige Zeit Hoffnung für die Welt' verspricht. Heute lebt ein Drittel der Menschheit in den schrecklichen Banden der kommunistischen Diktatur. Aber wir betrachten diesen Zustand nicht als unabänderlich.

Es besteht, wie wir wissen, unter den 800 Millionen Menschen, die der internationale Kommunismus regiert, ein großes Maß an Unzufriedenheit. Diese entstammt der Versklavung der Ar-

beiter, der Unterdrückung der Religion und der persönlichen Initiative sowie der nationalen Demütigung der Satellitenländer.

Befreiung kommt gewöhnlich von innen heraus. Aber sie wird eher von innen kommen, wenn die Hoffnung ständig von außen genährt wird. Und das tun wir auf vielerlei Art.

Ein bedeutsamer Faktor in der jüngsten Entwicklung ist die Änderung der sowjetischen Politik gegenüber Jugoslawien gewesen. Im Jahre 1948 machte sich Jugoslawien vom Würgegriff des internationalen Kommunismus frei und gewann seine eigene nationale Existenz zurück.

Bis vor kurzem wurden die Regierung und das Volk Jugoslawiens von den internationalen Kommunisten im benachbarten Ungarn, Rumänien und Bulgarien bedroht und geschmäht. Jetzt zollt die Sowjetunion jedoch Jugoslawien ihre Achtung, während sie die Marionettenregierungen in Ungarn, Rumänien und Bulgarien weiterhin mit Geringschätzung behandelt. Dies mag den Satelliten den Mut geben, ein Maß an Unabhängigkeit zu verlangen.

Die Entwicklungen tragen klar den einmal kommenden Wandel der absoluten Herrschaft in sich, die der internationale Kommunismus über die einst freien Nationen Europas und Asiens ausübt.

Konferenzen

Unsere Politik schließt internationale Konferenzen selbst mit denen nicht aus, die feindselig gegen uns eingestellt sind. Auf diese Weise haben wir den Koreakrieg beendet. Der Umfang der Konferenzen mit der sowjetischen Regierung ist durch unsere Einstellung zu den unterdrückten Völkern naturgemäß begrenzt, denn die Sowjets wissen, daß wir zu keinem Kuhhandel bereit sind, der die Versklavung von Menschen und Nationen gutheißt und verewigen würde.

Darüber hinaus wünschen wir nicht mit sowjetischen Vertretern zu verhandeln, wenn ihr einziges Ziel ist, die freien Nationen zu spalten und sie daran zu hindern, die notwendigen Schritte für ihre eigene Sicherheit zu unternehmen.

Wir hatten eine solche Konferenz im vergangenen Januar und Februar in Berlin. Der offensichtliche Zweck dieser Konferenz war, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Befreiung Österreichs. Praktisch versuchte der sowjetische Außenminister nachher lediglich die Pläne für die westeuropäische Sicherheit zu blockieren.

Wir haben den Wunsch, herauszufinden, ob die Sowjetunion den österreichischen Staatsvertrag unterzeichnen will und ob sie nach Ratifikation der Londoner und Pariser Abkommen zu ernsthaften Gesprächen über die Wiedervereinigung Deutschlands bereit ist. Dies ist der Zweck einer Note, die wir heute der sowjetischen Regierung übermittelt haben.

Ein wesentliches Ziel der Verträge von London und Paris besteht nicht lediglich in der Schaffung einer Verteidigungsstärke für die westeuropäischen Länder, sondern in der Begrenzung und Kontrolle dieser Stärke, so daß sie niemals zu

einem aggressiven Faktor werden kann. Heute ist in Moskau eine sogenannte ‚Sicherheitskonferenz‘ eröffnet worden, auf der die sowjetischen Führer mit ihren Marionetten reden werden, deren Antworten wiederum so ausfallen, wie es ihre Herren und Meister wünschen. Wir werden sehen, ob die Sowjetunion die Gelegenheit wahrnimmt und es dem Westen gleichtut, indem sie die militärischen Einrichtungen in dem von ihr kontrollierten Teil Europas in ähnlich vernünftiger Weise begrenzt.

Es besteht häufig auf Seiten der freien Völker eine Tendenz, ihre eigenen Fehler und Schwächen zu sehen und die Stärke und Erfolge der anderen

zu übertreiben. Natürlich sollten wir uns einer ständigen Selbstkritik unterwerfen, da dies einen Weg zur Läuterung darstellt.

Wir brauchen jedoch nicht das Gefühl zu haben, daß wir nun in dem großen Kampf, den man uns aufgezwungen hat, unterliegen. Wir haben ein Recht dazu, Vertrauen zu haben, weil wir in uns selbst stark sind und stark in der guten Partnerschaft, die wir mit unseren Alliierten besitzen.

Die Wahrheit hierfür besteht in der Tatsache, daß die USA in jeder Beziehung nicht nur in materieller sondern auch in geistiger Hinsicht die stärkste Macht der Welt sind. Wir verfolgen eine Politik, die klar und gesund und die für eine auf

dem religiösen Glauben fußende Zivilisation und Kultur angemessen ist. Unsere Politik wird in die Tat umgesetzt und zu einem Preis, den wir uns leisten können. Sie hat sich zu einer von beiden Parteien getragenen Politik entwickelt und genießt ganz allgemein die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit unserer Bevölkerung. Eine derartige Politik wird, dessen bin ich fest überzeugt, in Frieden bestehen können.“

Anmerkung

Theodor Schieffler, Dr. Phil., O. Universitätsprofessor für mittelalterliche Geschichte und geschichtliche Hilfswissenschaft in Köln. Geb. 11. 7. 1910 in Bad Godesberg.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN:

- Paul Bausch: „Freiheit zum Unglauben“
- Chester Bowles: „Frischer Wind in unserer Asienpolitik“
- Dieter Ehlers: „Die Methoden der Beck-Gördeler-Verschwörung“
- Walter Ehrenstein: „Die Mitarbeit der Schule gegen den Massengeist“
- Helmut Gollwitzer: „Einheit und Reformation der Kirche“
-
- Roland Klaus: „Nicht gestern, Freund, morgen!“
- Michael Schmaus / Thomas Sartory: „Das Wesen der Kirche in Katholischer Sicht“
- Carlo Schmid: „Deutschland und Frankreich“
-
- Kurt Sendtner: „Die militärische Widerstandsbewegung vom Ausbruch des 2. Weltkrieges bis zum Beginn des Westfeldzuges“
- Adelbert Weinstein: „Die Verteidigung ist unteilbar“
- Paul Wentzcke: „Vom Stammbaum und Schicksal deutscher Farben“
- Aus den Akten des 20. Juli
2. Fortsetzung: „Originalakten zum Ablauf des 20. Juli“
- *** „Urkunden zur Judenpolitik des Dritten Reiches“
-
-